



LAND  
OBERÖSTERREICH

# Prüfungsbericht

**der Bezirkshauptmannschaft Gmunden  
über die Einschau in die Gebarung**

der Gemeinde

**Grünau im Almtal**

Gem60 – 4 - 2011



## Impressum

**Herausgeber:**

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung  
4021 Linz, Bahnhofplatz 1

Redaktion und Graphik:  
Herausgegeben:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung  
Linz, im August 2011

Die Bezirkshauptmannschaft Gmunden hat in der Zeit von 29. März bis 26. Mai 2011 (mit Unterbrechungen) durch zwei Prüfer(-innen) gemäß § 105 Oö. Gemeindeordnung 1990 in Verbindung mit § 1 Oö. Gemeindeprüfungsordnung 2008 eine Einschau in die Gebarung der Gemeinde Grünau im Almtal vorgenommen.

Zur Prüfung wurden die Jahre 2008 bis 2010 und der Voranschlag für das Jahr 2011 herangezogen.

Der Bericht analysiert die Gebarungsabwicklung der Gemeinde und beinhaltet Feststellungen in Hinblick auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung, der öffentlichen und sozialen Einrichtungen und unterbreitet Vorschläge zur Verbesserung des Haushaltsergebnisses.

Die im Bericht kursiv gedruckten Passagen stellen die Empfehlungen der Bezirkshauptmannschaft Gmunden dar und sind als solche von den zuständigen Organen der Gemeinde umzusetzen.

# Inhaltsverzeichnis

<b>KURZFASSUNG</b> .....	<b>6</b>
WIRTSCHAFTLICHE SITUATION.....	6
<i>Mittelfristiger Finanzplan</i> .....	6
<i>Finanzausstattung</i> .....	6
<i>Fremdfinanzierung</i> .....	7
<i>Rücklagen</i> .....	7
PERSONAL.....	7
ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN .....	7
<i>Wasserversorgung</i> .....	7
<i>Abwasserbeseitigung</i> .....	7
<i>Abfallentsorgung</i> .....	7
<i>Kindergarten</i> .....	8
<i>Hort</i> .....	8
<i>Schülerausspeisung</i> .....	8
<i>Freibad</i> .....	8
WEITERE WESENTLICHE FESTSTELLUNGEN .....	9
<i>Feuerwehrwesen</i> .....	9
<i>Freiwillige Leistungen</i> .....	9
AUßERORDENTLICHER HAUSHALT .....	9
<b>DETAILBERICHT</b> .....	<b>10</b>
<b>DIE GEMEINDE</b> .....	<b>10</b>
<b>WIRTSCHAFTLICHE SITUATION</b> .....	<b>11</b>
HAUSHALTSENTWICKLUNG .....	11
<i>Investitionen und Instandhaltungen</i> .....	12
<i>Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt</i> .....	13
<i>Interessentenbeiträge</i> .....	13
<i>Aufschließungs- und Erhaltungsbeiträge nach dem Oö. Raumordnungsgesetz 1994</i> .....	13
MITTELFRISTIGER FINANZPLAN .....	13
<i>Freie Budgetspitze</i> .....	14
<i>Maastricht-Ergebnis</i> .....	14
FINANZAUSSTATTUNG.....	15
<i>Steuer- und Gebührenrückstände</i> .....	15
<i>Kommunalsteuer</i> .....	16
<i>Lustbarkeitsabgabe</i> .....	16
<i>Verkehrsflächenbeiträge</i> .....	16
UMLAGEN .....	17
<b>FREMDFINANZIERUNGEN</b> .....	<b>18</b>
DARLEHEN .....	18
KASSENKREDIT.....	19
LEASING .....	20
HAFTUNGEN .....	20
<b>RÜCKLAGEN</b> .....	<b>20</b>
<b>PERSONAL</b> .....	<b>21</b>
DIENSTPOSTENPLAN.....	21
ALLGEMEINE VERWALTUNG .....	22
<i>Entschädigung für externe Trauungen</i> .....	22
<i>Arbeitsübernahme Bahnhof</i> .....	22
BAUHOF .....	22
<i>Überstunden/Urlaubsguthaben</i> .....	22
<i>Bereitschaftsdienst</i> .....	22
<b>ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN</b> .....	<b>24</b>
WASSERVERSORGUNG.....	24

<i>Kostenloser Wasserbezug</i> .....	25
ABWASSERBESEITIGUNG .....	26
ABFALLBESEITIGUNG .....	28
KINDERGARTEN.....	30
<i>Kindergartentransport</i> .....	31
HORT .....	32
SCHÜLERAUSSPEISUNG.....	33
ESSEN AUF RÄDERN.....	34
FREIBAD .....	35
<b>AUSGEGLIEDERTE UNTERNEHMUNGEN.....</b>	<b>37</b>
VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER INFRASTRUKTUR & Co KG .....	37
<b>GEMEINDEVERTRETUNG .....</b>	<b>37</b>
PRÜFUNGSAUSSCHUSS .....	37
VERFÜGUNGSMITTEL UND REPRÄSENTATIONSAUSGABEN .....	37
<b>WEITERE WESENTLICHE FESTSTELLUNGEN .....</b>	<b>38</b>
ABRECHNUNG VON KATASTROPHENSCHÄDEN IM VERMÖGEN DER GEMEINDE .....	38
FEUERWEHRWESEN .....	38
FÖRDERUNGEN UND FREIWILLIGE AUSGABEN.....	39
VERSICHERUNGEN .....	39
ÜBERBLICK ÜBER DEN AUßERORDENTLICHEN HAUSHALT DER JAHRE 2008 BIS 2010 .....	41
ÜBERBLICK ÜBER DEN AUßERORDENTLICHEN HAUSHALT DES FINANZJAHRES 2010 .....	42
NEUBAU DES AMTSGEBÄUDES.....	42
<b>SCHLUSSBEMERKUNG.....</b>	<b>43</b>

# Kurzfassung

## Wirtschaftliche Situation

Die Gemeinde Grünau im Almtal konnte im Jahr 2008 – mit der Abwicklung des Sollüberschusses 2007 – den Haushalt noch ausgleichen. Die Jahre 2009 und 2010 wurden mit Fehlbeträgen von € 290.925 bzw. € 373.818 abgeschlossen. Diese Entwicklung ist auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise mit einem Rückgang der Ertragsanteile und dem gleichzeitigen Anstieg der Umlagen- und Transferzahlungen sowie der Personalkosten zurückzuführen. Auch der Rückgang bei den Darlehenszinsen konnte das Budget nicht entlasten, da die Tilgungen im gleichen Ausmaß gestiegen sind.

Von 2008 bis 2010 wurden im ordentlichen Haushalt Investitionen in Höhe von insgesamt € 96.700 und Instandhaltungsmaßnahmen mit € 316.300 verrechnet. Für die Instandhaltung des sehr alten und reparaturanfälligen Wasserleitungsnetzes wurden in den letzten Jahren immer höhere Beträge bereitgestellt.

In diesem Zusammenhang verweisen wir auf den Voranschlagserslass, wonach die Investitionen im gesamten ordentlichen Haushalt mit € 5.000 begrenzt sind. Ebenso sind die Ausgaben für Instandhaltungen auf das unbedingt notwendige Ausmaß zu reduzieren. Die Sanierung des Wasserleitungsnetzes ist im Zuge des Sanierungskonzeptes im außerordentlichen Haushalt abzuwickeln.

Für außerordentliche Vorhaben konnten von 2008 bis 2010 insgesamt € 504.440 bereitgestellt werden und davon entfallen € 43.720 auf ordentliche Budgetmittel.

## Mittelfristiger Finanzplan

Die 14 Vorhaben, welche gemäß mittelfristigem Finanzplan in den Jahren 2011 bis 2014 abgeschlossen und fortgeführt werden bzw. geplant sind, haben ein Investitionsvolumen von rd. € 6 Mio. Den betragsmäßig höchsten Anteil haben der Neubau des Amtsgebäude und des Feuerwehrhauses mit rd. € 1,7 Mio. sowie der Ausbau und die Instandhaltung des Wasser- und Abwasserleitungsnetzes mit rd. € 3,5 Mio.

Das Berechnungsblatt der freien Budgetspitze mit negativen Werten zwischen € 246.900 und € 301.400 zeigt, dass der Gemeinde auch in den Folgejahren keine frei verfügbaren Budgetmittel für Investitionen, Transferzahlungen (z. B. freiwillige Leistungen) oder Anteilsbeträge für außerordentliche Vorhaben zur Verfügung stehen. Die Umsetzung neuer Projekte wird auch in Zukunft nur mit Fördermitteln des Landes möglich sein.

2010 konnte mit einem Maastricht-Überschuss von € 182.500 ein positiver Beitrag zum Stabilitätspakt geleistet werden. Bis zum Ende der Planperiode sind jedoch negative Finanzierungssalden prognostiziert.

Wir verweisen auf den Erlass der Direktion Inneres und Kommunales vom 23. Mai 2011, wonach die österreichischen Gemeinden aufgefordert sind, entsprechende Maßnahmen im Rahmen ihres Haushaltes zu setzen, damit ein ausgeglichenes Haushaltsergebnis im Sinne des Österreichischen Stabilitätspaktes 2011 erzielt wird.

## Finanzausstattung

Die Steuerkraft setzt sich aus den gemeindeeigenen Steuern und Ertragsanteilen zusammen. In den wirtschaftlich schwierigen Jahren 2008 bis 2010 sind die Gemeindeabgaben um 4,09 % bzw. € 22.100 gestiegen, die Ertragsanteile jedoch um 8,1 % bzw. € 126.200 gesunken.

Bei der Überprüfung der Vorschriften von Verkehrsflächenbeiträgen wurden Mängel bzw. Versäumnisse festgestellt, da die Verkehrsflächenbeiträge nicht mit der Erteilung von Baubewilligungen vorgeschrieben wurden.

Künftig ist für die zeitgerechte Vorschreibung der Verkehrsflächenbeiträge zu sorgen.

## **Fremdfinanzierung**

Die Belastung für die Rückzahlung der Fremdfinanzierungen – Darlehen der Gemeinde sowie der "gemeindeeigenen" KG, Leasingraten und Kassenkreditzinsen – ist seit 2009 mit Ausgaben von € 180.780 kontinuierlich gestiegen und steigt bis 2014 auf € 253.040.

Die Darlehensverbindlichkeiten der Gemeinde sind seit 2008 um € 900.000 gestiegen und zum 31. Dezember 2010 hat der Schuldenstand € 8,760.570 betragen. Die "gemeindeeigene" KG hat – nach Rückzahlung der Zwischenfinanzierung – Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von € 479.100. In einer vom Land veröffentlichten Statistik hat die Pro-Kopf-Verschuldung zum 31. Dezember 2009 in der Gemeinde Grünau im Almtal € 4.186 betragen und somit war die Gemeinde die am höchsten verschuldete Gemeinde im Bezirk Gmunden (Durchschnittswert € 1.958). Dieser hohe Verschuldungsgrad ist auf die Darlehen der Abwasserbeseitigung zurückzuführen. Die masstricht-schädlichen Darlehen haben zum 1. Jänner 2011 lediglich € 150.520 betragen. Jeder weitere Anstieg des Europäischen Leitzinssatzes stellt jedoch eine starke Belastung für den ordentlichen Haushalt dar.

In den nächsten Jahren muss die Reduzierung der Darlehen oberste Priorität haben und eine Neuverschuldung ist zu vermeiden.

## **Rücklagen**

Der Rücklagenbestand hat zum 31. Dezember 2010 rd. € 301.200 betragen und dieser wird zur Kassenkreditverstärkung verwendet.

## **Personal**

Für Personalkosten und Pensionsbeiträge wurden in den Jahren 2008 bis 2010 zwischen 14,57 % und 17,26 % der ordentlichen Einnahmen aufgewendet. Der Anstieg auf 17,26 % im Jahr 2010 ist auf die Personalaufnahmen im Verwaltungsbereich zur vorzeitigen Einschulung sowie eines zusätzlichen Facharbeiters zurückzuführen. Im Vergleich mit Gemeinden ähnlicher Größe und Struktur kann die Personalaufwandsquote durchaus als günstig bewertet werden.

## **Öffentliche Einrichtungen**

### **Wasserversorgung**

Die betriebliche Einrichtung der Wasserversorgung konnte in den Jahren 2008 bis 2010 Überschüsse von insgesamt € 140.000 erzielen, welche zur Haushaltsstärkung verwendet wurden. Nach Erteilung der wasserrechtlichen Bewilligung ist die Generalsanierung der Wasseranlage für 2012 geplant.

Solange die Gemeinde den Haushalt nicht ausgleichen kann, ist darauf zu achten, dass die Benützungsgebühr um 20 Cent über der vom Land bekannt gegebenen Mindestgebühr festgesetzt wird.

### **Abwasserbeseitigung**

Nachdem die Abwasserbeseitigung 2008 mit einem Abgang von € 152.560 abgeschlossen hat, konnten in den Jahren 2009 und 2010 Überschüsse von € 8.690 bzw. 44.560 erzielt werden. Mit der Erfüllung des "Gelbe-Linien-Planes" kann der Bau der Abwasserbeseitigung 2011 abgeschlossen werden.

Die Gemeinde Grünau im Almtal hat – für die Zeit als Abgangsgemeinde – auch bei der Abwasserbeseitigung darauf zu achten, dass die Benützungsgebühr um 20 Cent über der vom Land bekannt gegebenen Mindestgebühr liegt.

### **Abfallentsorgung**

Bei der Abfallbeseitigung musste die Gemeinde 2009 einen Fehlbetrag von € 2.525 decken. 2008 und 2010 konnten bei dieser Einrichtung positive Ergebnisse von € 1.240 bzw. € 7.910 verzeichnet werden. Im Voranschlag 2011 wird wiederum mit einem deutlichen Rückgang des Überschusses gerechnet.

Die Gebühren für die Abfallbeseitigung sind auch künftig so festzusetzen, dass diese Einrichtung zumindest kostendeckend geführt werden kann.

### Kindergarten

Der Kindergarten wird von der Pfarrcaritas geführt und die Abgangsdeckung ist von € 55.400 im Jahr 2008 auf € 88.900 im Jahr 2010 gestiegen. Diese Entwicklung ist auf die Errichtung einer vierten Kindergartengruppe zurückzuführen. Gleichzeitig ist auch die Abgangsdeckung je Kind von € 850 auf € 1.000 im Jahr 2009 und schließlich auf € 1.270 im Jahr 2010 gestiegen. Der Anstieg 2010 ist auch darauf zurückzuführen, dass die Pfarrcaritas am 15. Dezember 2010 von der Gemeinde € 21.500 angefordert hat. Zum Jahresende war am Konto der Pfarrcaritas jedoch ein Guthaben von rd. € 55.220 ausgewiesen. Ob die Mitte Dezember angeforderten Mittel auch tatsächlich benötigt wurden, konnte anlässlich der Prüfung nicht geklärt werden.

Vorschusszahlungen sind künftig nur mehr dann freizugeben, wenn der Bedarf mittels Bankauszug nachgewiesen wird. Eine Überprüfung der jährlichen Abrechnungen an Hand der Belege ist ebenfalls vorzunehmen. Dabei sind die Ausgaben auf einen sparsamen und wirtschaftlichen Einsatz zu prüfen.

### Hort

Der Hortbetrieb musste von 2008 bis 2010 mit insgesamt € 25.200 gestützt werden und dabei ist ein deutlicher Anstieg des Fehlbetrages zu verzeichnen. Diese Einrichtung wird von immer mehr Kindern besucht und so stieg die durchschnittliche Besucherzahl von 10 im Jahr 2008 auf 19 im Jahr 2010. Dadurch konnte der Zuschuss je Kind von € 830 auf € 510 gesenkt werden.

### Schülerspeisung

Die Schülerspeisung wurde in den letzten drei Jahren aus allgemeinen Deckungsmitteln in Höhe von € 37.790 gestützt, wobei der jährliche Betriebsabgang zwischen € 11.000 und € 14.000 lag. In diesem Abgang fehlen sowohl die nicht verrechneten Betriebskosten – welche der Volksschule angelastet werden – sowie die Verwaltungskostentangente.

Für eine bessere Kostentransparenz sind künftig sämtliche Ausgaben dieser Einrichtung anzulasten.

Die Zahl der verkauften Essensportionen hat jährlich durchschnittlich 5.863 betragen und die Gemeinde musste 2010 jede Portion mit € 2,22 subventionieren. Das Entgelt ist seit 2008 unverändert und beträgt für Kinder € 2 und für Erwachsene € 3,20 je Portion.

### Freibad

Der Abgang des von einem Pächter geführten Freibades ist von € 30.200 im Jahr 2008 auf € 44.600 im Jahr 2009 gestiegen und 2010 hat der Zuschuss € 39.000 betragen. Diese Schwankungen sind im Wesentlichen auf die Ausgaben für chemische Mittel, den Stromverbrauch sowie die Instandhaltungsarbeiten zurückzuführen. Besonders aufgefallen ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung des Stromverbrauches. Im Juni 2011 wurden tägliche Aufzeichnungen geführt, welche einen deutlich niedrigeren Wert ergeben haben, als der durchschnittliche tägliche Stromverbrauch der Jahre 2009 und 2010.

Von der Gemeindeverwaltung konnten keine schlüssigen Begründungen zu den hohen Stromkosten gemacht werden. Künftig ist daher eine laufende Überwachung der Zählerstände vorzunehmen und die Entwicklung des Stromverbrauches im Auge zu behalten.

Die Eintrittspreise wurden seit nunmehr sieben Jahren nicht mehr angepasst. Die Tarife für Tageskarten sind ab der Badesaison 2012 um jeweils 40 Cent sowie die Saisonkarte um € 4 je Karte anzuheben.

## **Weitere wesentliche Feststellungen**

### **Feuerwehrwesen**

Die Ausgaben für das Feuerwehrwesen sind in den letzten Jahren von € 3,51 auf € 7,23 je Einwohner gestiegen. Im Voranschlag 2011 ist eine Kopfquote von € 11,98 vorgesehen.

Die Gemeinde hat rechtzeitig Maßnahmen zu treffen, damit die Aufwendungen je Einwohner um zumindest 2 Euro gesenkt werden.

### **Freiwillige Leistungen**

Bei den freiwilligen Leistungen wurde der von der Aufsichtsbehörde bekannt gegebene Höchstbetrag von € 15 je Einwohner im Jahr 2010 mit einer Kopfquote von € 16,50 leicht überschritten.

Künftig ist darauf zu achten, dass der von der Aufsichtsbehörde geregelte Höchstbetrag nicht mehr überschritten wird.

### **Außerordentlicher Haushalt**

Die Ausgaben für außerordentliche Vorhaben haben in den Jahren 2008 bis 2010 insgesamt € 6,8 Mio. betragen. Den größten Anteil hatte die Abwasserbeseitigung mit € 3,053.000, gefolgt vom Amtsgebäude mit € 1,432.700 und die Zuschüsse an die Liftgesellschaft mit € 912.000. Zur Bedeckung dieser Projekte sowie zur Ausfinanzierung älterer Vorhaben standen Mittel in Höhe von rd. € 7,2 Mio. zur Verfügung. Von diesen Deckungsmitteln sind 62,25 % auf Fördergelder des Landes und 22,11 % auf Darlehensaufnahmen entfallen. Die Rücklagenentnahmen und Interessentenbeiträge hatten jeweils einen Anteil von rd. 6 %.

Der außerordentliche Haushalt hat 2010 mit einem Abgang von € 78.660 abgeschlossen. Dieser Fehlbetrag resultierte aus den Vorhaben Amtsgebäude mit € 12.180, Schindlbachstraße mit € 62.330 und Wildbachverbauung mit € 4.150.

Die Verein zur Förderung der Infrastruktur & Co KG hat die Errichtung des neuen Amtsgebäudes übernommen. Die bisher angefallenen Kosten von rd. € 2,930.000 beinhalten auch die Ausgaben für das im Amtsgebäude untergebrachte Kaffeehaus und Geldinstitut. Die Endabrechnung wird im Herbst 2011 erfolgen.

Die Ausschreibung der einzelnen Gewerke wurde an den Architekten übertragen, wobei sich die Gemeinde das Vorschlagsrecht für die einzuladenden Firmen vorbehalten hat. Einzelne Aufträge wurden ohne entsprechende Ausschreibung vergeben. Weiters haben die Ausgaben für die Einrichtung des Tourismusbüros fast das Doppelte des vom Architekten berechneten Anteils betragen. In diesem Fall lag auch kein Vergleichsangebot vor.

Diese direkten Vergaben sind mit einer sparsamen Haushaltsführung nicht vereinbar. Vor der Auftragsvergabe sind Vergleichsangebote einzuholen.

## Detailbericht

### Die Gemeinde

Grünau im Almtal ist eine von 20 Gemeinden des Bezirkes Gmunden und hat nach der Volkszählung 2001 insgesamt 2.112 Einwohner. Zum Stichtag 1. Mai 2011 sind 2.100 Personen mit Hauptwohnsitz und 592 mit Zweitwohnsitz gemeldet. Der Hauptort liegt auf einer Seehöhe von 528 m und das Ortsgebiet erstreckt sich über rd. 230 km<sup>2</sup>, wobei den größten Anteil die Waldflächen mit 165,4 km<sup>2</sup> und das Ödland mit 45,6 km<sup>2</sup> halten. Die höchste Erhebung ist der Große Priel mit einer Höhe von 2.515 m.

Das Gemeindegebiet ist mit ca. 20,2 km Landesstraßen, 40,2 km Gemeindestraßen und 1,4 km Güterwege verbunden. In Grünau im Almtal gibt es auch einen sehr großen Anteil an Privatstraßen mit ca. 27,1 km.

Die Gemeindevertretung setzt sich derzeit aus 10 ÖVP-, 9 SPÖ-, 4 FPÖ- und 2 GRÜNE-Mandataren zusammen.

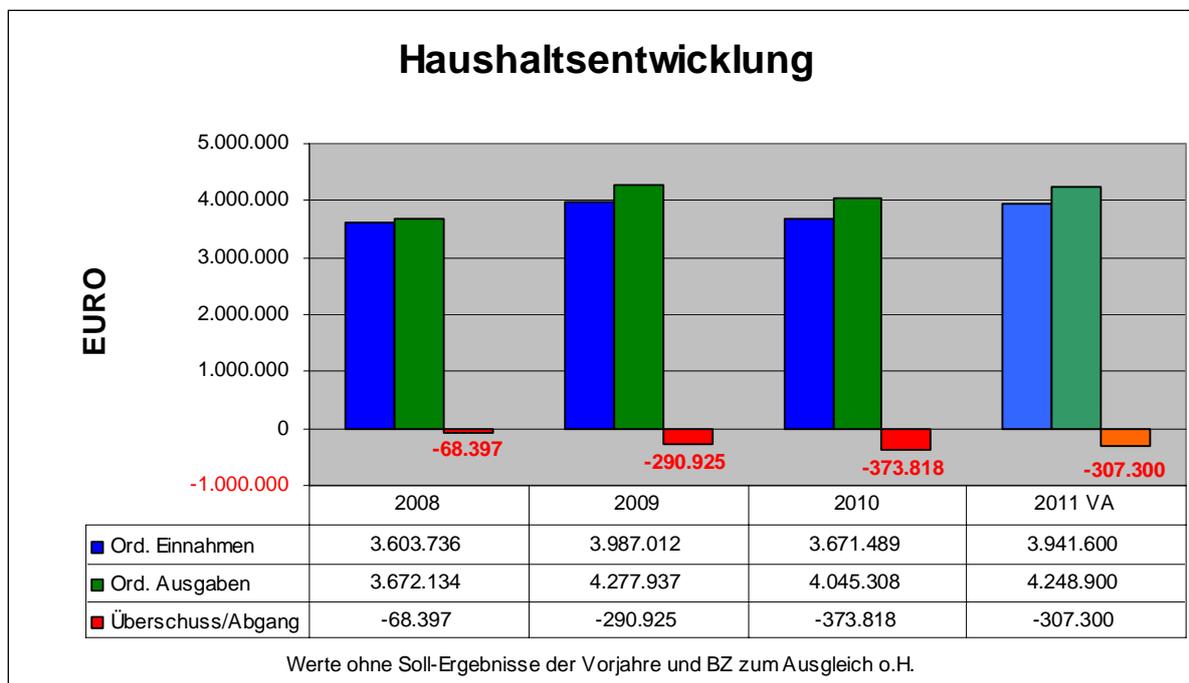
Im Jahr 2010 hat es 94 Kommunalsteuerpflichtige gegeben, wobei über 50 % der Kommunalsteuereinnahmen auf 10 Betriebe entfallen. Für die Almtalgemeinde ist der Fremdenverkehr von großer Bedeutung und dies zeigt sich auch in den 28 Tourismusbetrieben, welche kommunalsteuerpflichtig sind, wobei die Privatzimmervermieter und kleineren Pensionen dabei nicht erfasst sind. Im langjährigen Vergleich ist ein deutlicher Rückgang bei den Nächtigungszahlen zu verzeichnen. Die von der Gemeinde erhofften Steigerungen nach der Erweiterung des Schigebietes Kasberg sind nicht zu verzeichnen. Die Nächtigungszahlen sind von 2008 bis 2010 um rd. 20 % bzw. 18.100 Nächtigungen auf 75.775 gesunken.

Im außerordentlichen Haushalt wurde in den Jahren 2008 bis 2010 eine Vielzahl von Projekten verwirklicht. Die betragsmäßig höchsten Investitionen waren in den Bereichen Abwasserbeseitigung mit dem Bauabschnitt "Almsee" sowie der Neubau des Gemeindeamtes und Feuerwehrraumes, welche über eine "gemeindeeigene" KG abgewickelt wurden.

In den Folgejahren ist eine Generalsanierung des Wasserleitungsnetzes mit dem Bau eines neuen Brunnens sowie die laufende Instandhaltung der Infrastruktur – vor allem der Straßen – von großer Bedeutung. Mittelfristig gesehen hat sich die Gemeinde auch mit der Sanierung der Volksschule und des Freibades zu befassen.

# Wirtschaftliche Situation

## Haushaltsentwicklung



Der ordentliche Haushalt konnte bis einschließlich 2008 ausgeglichen werden, da in diesem Jahr ein Sollüberschuss aus dem Finanzjahr 2007 in Höhe von € 68.397,38 für den Haushaltsausgleich zur Verfügung stand.

Auf Grund der Auswirkungen der Wirtschaftskrise mit einem Rückgang bei den Ertragsanteilen in Höhe von € 116.000 sowie einem gleichzeitigen Anstieg der Umlagen- und Transferzahlungen<sup>1</sup> mit insgesamt € 78.900 und der Personalkosten mit € 32.900 kann der Fehlbetrag im Jahr 2009 im Wesentlichen begründet werden. Die Erhöhung der Gastschulbeiträge mit € 21.400 sowie die Mehrkosten für den Winterdienst in Höhe von € 31.000 haben ebenfalls zu diesem Ergebnis beigetragen. Der Rückgang bei den Zinsen mit € 139.600 konnte das Budget nicht entlasten, da die Tilgungen im gleichen Ausmaß gestiegen sind.

2010 ist der Abgang abermals gestiegen, obwohl die Zinsen wieder um € 75.600 gesunken sind. Das Minus bei den Ertragsanteilen (€ 10.200) sowie die Mehrausgaben bei den Umlagen- und Transferzahlungen mit insgesamt € 52.500, Personalkosten mit € 52.700 und dem Schuldendienst mit € 22.500 konnten von den niedrigeren Zinsen nicht kompensiert werden.

Die Gemeinde Grünau im Almtal kann 2011 bei den Ertragsanteilen Mehreinnahmen von € 107.000 erwarten und zusätzlich steigen die Tilgungszuschüsse um € 130.700. Trotz dieser Einnahmen kann der veranschlagte Fehlbetrag nur um € 65.700 vermindert werden. Die wesentlichen Steigerungen bei den Ausgaben sind bei den Personalkosten mit € 21.100, den Umlagen- und Transferzahlungen mit € 31.800 sowie dem Zuschuss an die "gemeindeeigene" KG mit € 32.400 zu verzeichnen.

Eine – zumindest mittelfristig – zu erwartende Erhöhung des Zinsniveaus wird eine zusätzliche Belastung für das Budget werden.

<sup>1</sup> Sozialhilfverbandsumlage, Krankenanstaltenbeitrag und Landesumlage

*Damit einem weiteren Anstieg des Fehlbetrages rechtzeitig entgegengewirkt wird, hat die Gemeinde sämtliche Einnahmequellen uneingeschränkt auszuschöpfen, Gebühren kostendeckend festzusetzen und eine sparsame Haushaltsführung als oberste Priorität zu sehen.*

#### Investitionen und Instandhaltungen

In den Jahren 2008 bis 2010 wurden im ordentlichen Haushalt Investitionen in Höhe von insgesamt € 95.700 getätigt und dies entspricht einem jährlichen Durchschnitt von € 31.900.

Investitionen	2008	2009	2010	2011 VA
ohne marktbestimmte Betriebe	14.099,30	47.660,81	18.539,05	18.000,00
marktbestimmte Betriebe	6.759,48	4.718,15	3.888,08	4.000,00
Gesamt	20.858,78	52.378,96	22.427,13	22.000,00

Die Entwicklung der betragsmäßig höchsten Investitionen hat sich wie folgt dargestellt:

	2008	2009	2010
Glasfaseranschluss 1. Rate			4.560,00
Software	3.884,51	2.963,70	8.265,46
Freiwillige Feuerwehr PC und Beamer	2.104,80		
Volksschule Notebook und Multimediawagen		3.326,88	
Kindergarten Markise		5.190,00	
Kindergarten Akustikdecke			2.802,82
Grundeinlösung für Gehsteigbau		4.427,78	
Straßenbauten	7.517,20	19.824,97	

Die Straßenbauten wurden mit den Interessentenbeiträgen sowie einer zusätzlichen Rücklagenentnahme im Jahr 2009 bedeckt. Weiters ist anzumerken, dass der Ankauf einer Lizenz für das Programm GeoOffice (€ 3.600) sowie die Akustikdecke im Kindergarten (€ 2.800) mit Schreiben der Direktion Inneres und Kommunales vom 4. März 2010 genehmigt wurden. Für die im Voranschlag 2011 dargestellten Investitionen wurde ebenfalls eine Anfrage an die Aufsichtsbehörde gerichtet und diese werden entsprechend dem Schreiben vom 28. Dezember 2010 umgesetzt.

Die Gemeinde Grünau im Almtal hat auch in Zukunft darauf zu achten, dass der im Voranschlagserschluss geregelte Höchstbetrag für Investitionen im ordentlichen Haushalt von € 5.000 nicht überschritten bzw. die rechtzeitige Genehmigung der Direktion Inneres und Kommunales eingeholt wird.

Die Ausgaben für Instandhaltungsmaßnahmen haben den Gemeindehaushalt in den Jahren 2008 bis 2010 mit durchschnittlich € 105.400 bzw. insgesamt mit € 316.300 belastet.

Instandhaltungen	2008	2009	2010	2011 VA
ohne marktbestimmte Betriebe	53.582,46	83.385,70	70.596,24	54.600,00
marktbestimmte Betriebe	31.740,06	40.162,51	36.857,77	47.100,00
Gesamt	85.322,52	123.548,21	107.454,01	101.700,00

Der Anstieg der Instandhaltungen bei den marktbestimmten Betrieben ist auf die Wasserversorgung zurückzuführen, da mit der Sanierung des sehr alten und desolaten Leitungsnetzes begonnen wurde. Zu der Steigerung im Jahr 2009 ist anzumerken, dass in diesem Jahr Übersiedlungskosten (€ 3.500) angefallen sind, da die Verwaltung für die Dauer des Neubaus des Gemeindeamtes in angemietete Räume übersiedeln musste. Weiters wurden gegenüber 2008 für Straßensanierungen um € 5.300 und für die Instandhaltung von Fahrzeugen um € 15.000 mehr ausgegeben, wobei € 9.200 auf einen 17 Jahre alten Unimog entfallen sind.

Für die Auftragsvergabe zur Reparatur des Unimogs konnte kein Beschluss des zuständigen Kollegialorganes vorgelegt werden.

*Es wird auf § 58 Abs. 2 Z. 6 Oö. Gemeindeordnung 1990 hingewiesen, wonach dem Bürgermeister die Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen bis zu einem Gesamtbetrag oder – bei regelmäßig wiederkehrenden Vergaben – Jahresbetrag von 0,05 % der Einnahmen des ordentlichen Gemeindevoranschlags des laufenden Haushaltsjahres, sofern jedoch dieser Prozentsatz einen Betrag von weniger als € 2.000 ergibt, dann jedenfalls bis zu € 2.000 obliegt. Im Finanzjahr 2009 hat der Bürgermeister somit Aufträge bis zu einem Höchstbetrag von € 2.031 erteilen dürfen. Diese Bestimmung ist künftig einzuhalten.*

*Die Ausgaben für Instandhaltungen sind im Hinblick auf die angespannte Finanzlage auf das unbedingt notwendige Ausmaß zu reduzieren. Als Richtwert ist der Durchschnitt der letzten fünf Jahre heranzuziehen, wobei außerordentliche Maßnahmen (z.B. Großreparaturen) herauszurechnen sind.*

### Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt

In den Jahren 2008 bis 2010 wurden insgesamt € 504.440 außerordentlichen Vorhaben zugeführt, wovon € 43.720 auf ordentliche Budgetmittel entfallen. Die Zuführungen haben sich wie folgt gegliedert:

	2008	2009	2010
Anschlussgebühr Wasserversorgung	15.155,20	0,00	5.570,91
Anschlussgebühr Abwasserbeseitigung	102.953,44	271.238,17	55.551,63
AufschlieÙungsbeitrag Abwasserbeseitigung	3.570,12	3.171,15	3.509,00
Ordentliche Budgetmittel	28.673,23	7.848,20	7.201,56
<b>Gesamt</b>	<b>150.351,99</b>	<b>282.257,52</b>	<b>71.833,10</b>

Mit Schreiben der Direktion Inneres und Kommunales vom 9. April 2009, IKD(Gem)-311095/498-2009, wurde der Gemeinde Grünau im Almtal mitgeteilt, dass bei der Abgangsdeckung für den ordentlichen Haushalt die Zuführungen zum außerordentlichen Vorhaben "Energie-Contracting" (€ 7.201,56 in den Jahren 2009 und 2010) anerkannt werden.

### Interessentenbeiträge

Die Einnahmen aus Interessentenbeiträgen für Straße, Wasser und Kanal haben während des Prüfungszeitraumes insgesamt € 621.197,55 betragen. Die Anschlussgebühren der Abwasserbeseitigung wurden zur Gänze dem außerordentlichen Haushalt zugeführt, während mit den Interessentenbeiträgen Straße und Wasser Investitionen im ordentlichen Haushalt getätigt und Rücklagen gebildet wurden.

### AufschlieÙungs- und Erhaltungsbeiträge nach dem Oö. Raumordnungsgesetz 1994

In den Jahren 2008 bis 2010 konnten AufschlieÙungsbeiträge für Straße, Wasser und Kanal in Höhe von insgesamt € 22.740 lukriert werden. Diese Gelder wurden im Bereich der Abwasserbeseitigung für außerordentliche Vorhaben verwendet und die zweckgebundenen Einnahmen Straße und Wasser wurden für Investitionen und Rücklagenbildungen herangezogen.

Mit der Vorschreibung der Erhaltungsbeiträge wurde 2005 begonnen und in den Jahren 2008 bis 2010 sind diese mit € 26.000 zu beziffern. Da die Erhaltungsbeiträge endgültige Einnahmen der Gemeinde darstellen, werden diese zur Haushaltsstärkung herangezogen.

### Mittelfristiger Finanzplan

Für die 14 Vorhaben, welche gemäß mittelfristigem Investitionsplan in den Jahren 2011 bis 2014 fortgeführt werden bzw. geplant sind, beträgt das Investitionsvolumen € 6.007.200. Von den geplanten Ausgaben entfallen € 1.738.000 auf die "gemeindeeigene" KG mit dem Neubau des Amtsgebäudes sowie der Zeugstätte für die Freiwillige Feuerwehr und € 3.489.800

auf die marktbestimmten Betriebe der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Das verbleibende Investitionsvolumen von € 779.400 setzt sich aus einem Fahrzeug für die Freiwillige Feuerwehr, der Sportanlage der Union, der Generalsanierung der Schindlbachstraße, einem Kommunalfahrzeug, der Unterstützung des Cumberland-Wildparks sowie dem Energie-Contracting für die Straßenbeleuchtung zusammen.

### Freie Budgetspitze

Die im mittelfristigen Finanzplan ermittelte freie Budgetspitze verdeutlicht die angespannte Finanzsituation, da in den Jahren 2011 – 2014 negative Werte ausgewiesen sind.

VA 2011	MFP 2012	MFP 2013	MFP 2014
- € 281.600	- € 246.900	- € 298.800	- € 301.400

Der Gemeinde stehen somit auch in den Folgejahren keine frei verfügbaren Budgetmittel für Investitionen, Transferzahlungen (z.B. freiwillige Leistungen) oder Anteilsbeträge für außerordentliche Vorhaben zur Verfügung. Die Umsetzung neuer Projekte wird in Zukunft nur mit Fördermitteln des Landes möglich sein.

### Maastricht-Ergebnis

Die Gemeinden haben sich durch eine weitere Verstärkung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik verpflichtet, länderweise jeweils ein ausgeglichenes Maastricht-Ergebnis zu erbringen. Die Gemeinde Grünau im Almtal konnte – wie aus unten stehender Tabelle hervorgeht, nur in den Jahren 2008 und 2010 dazu beitragen.

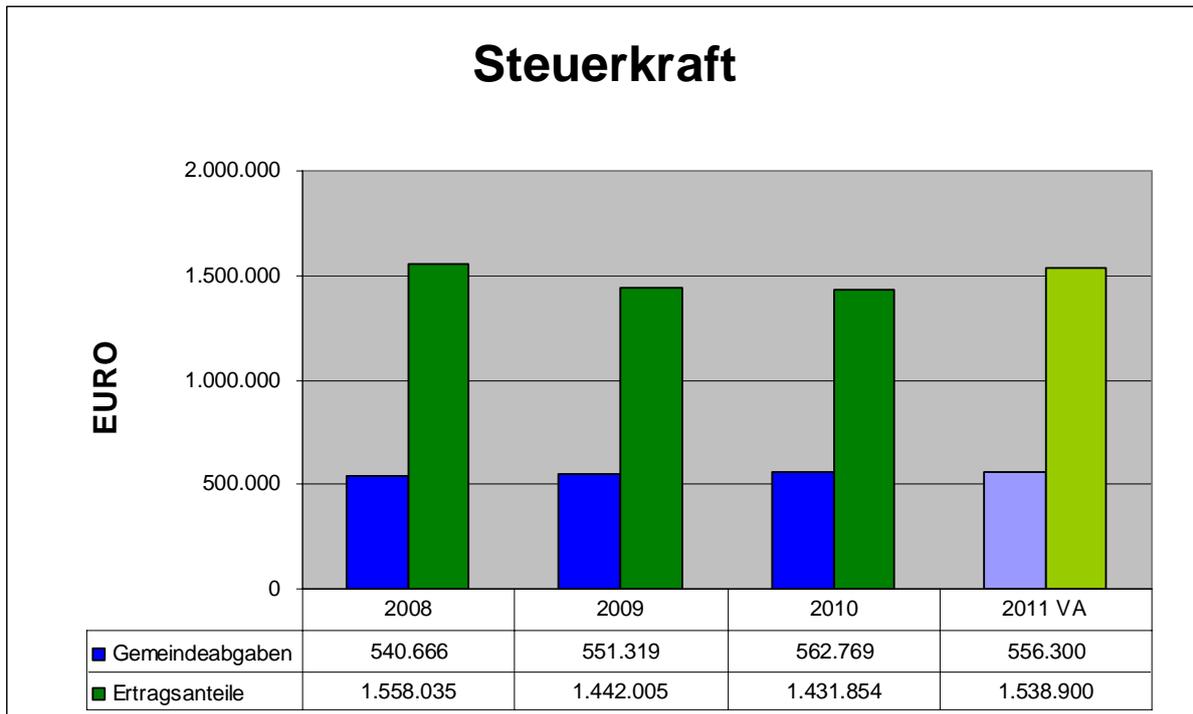
2008	2009	2010
€ 299.146,88	- € 652.399,01	€ 182.540,58

Der Voranschlag 2011 zeigt ebenfalls ein negatives Ergebnis und in der mittelfristigen Finanzplanung sind für die Planperiode 2012 – 2014 jeweils negative Finanzierungssalden prognostiziert.

VA 2011	MFP 2012	MFP 2013	MFP 2014
- € 281.600	- € 160.200	- € 320.900	- € 269.700

*Wir verweisen auf den Erlass der Direktion Inneres und Kommunales vom 23. Mai 2011, wonach die österreichischen Gemeinden aufgefordert sind, entsprechende Maßnahmen im Rahmen ihres Haushaltes zu setzen, damit ein ausgeglichenes Haushaltsergebnis im Sinne des Österreichischen Stabilitätspaktes 2011 erzielt wird. Sollten einzelne Gemeinden durch die Nichteinhaltung dieser Vorgaben den Sanktionsmechanismus auslösen, werden die Sanktionen entsprechend umgelegt.*

## Finanzausstattung



Die Steuerkraft betrug im Jahr 2008 rund € 2,098.700 und ist 2009 um € 105.380 gesunken bzw. ist diese 2010 mit € 1.300 minimal gestiegen. Im Voranschlag 2011 liegt die Steuerkraft immer noch um € 3.500 unter dem Wert von 2008.

Die Gemeindeabgaben sind von 2008 bis 2010 um € 22.100 bzw. 4,09 % gestiegen. Im Voranschlag 2011 ist jedoch ein Rückgang um € 6.500 veranschlagt, welcher auf Mindereinnahmen bei der Kommunalsteuer zurückzuführen ist.

Die Haupteinnahmequellen der gemeindeeigenen Steuern bilden die Kommunalsteuer sowie die Grundsteuer B.

Die Einnahmen aus den Ertragsanteilen sind in den wirtschaftlich schwierigen Jahren von 2008 bis 2010 um € 126.200 bzw. 8,1 % zurückgegangen. Für 2011 ist ein Wirtschaftsaufschwung prognostiziert und somit wird bei den Ertragsanteilen gegenüber 2010 von einem Plus von € 100.600 ausgegangen.

Die gemeindeeigenen Steuern und Abgaben betragen im Jahr 2010 rund 28,2 % der Steuerkraft. Im Jahr 2008 hat der Anteil an der Steuerkraft 25,8 % betragen und im Jahr 2009 waren es 27,7 %.

### Steuer- und Gebührenrückstände

Die Saldenliste über die offenen Steuer- und Gebührenrückstände zeigte zum Jahresende 2010 geringe Außenstände. 2011 hat sich bei einem Steuerpflichtigen ein Rückstand bei der Kommunalsteuer angesammelt.

*Die Gemeinde hat entsprechende Einbringungsmaßnahmen zu setzen.*

## Kommunalsteuer

Die Kommunalsteuereinnahmen haben von 2007 bis 2009 insgesamt € 817.990 betragen, wobei eine leicht steigende Tendenz zu verzeichnen war.

2008	2009	2010	2011 VA
€ 263.892,07	€ 273.080,93	€ 281.017,00	€ 270.000,00

Im Voranschlag 2011 wurden die zu erwartenden Einnahmen wieder vermindert, da 2010 aus einer Nachzahlung eines Steuerpflichtigen € 4.400 Mehreinnahmen zu verzeichnen waren und andererseits Betriebe nicht mehr fortgeführt werden.

## Lustbarkeitsabgabe

Die Lustbarkeitsabgabeordnung der Gemeinde Grünau im Almtal wurde am 23. September 1983 vom Gemeinderat beschlossen und von dieser werden sämtliche Lustbarkeiten gemäß Oö. Lustbarkeitsabgabegesetz 1979 erfasst. Die Einnahmen aus der Lustbarkeitsabgabe haben sich von 2008 bis 2010 wie folgt entwickelt.

2008	2009	2010	2011 VA
€ 4.050,32	€ 4.574,66	€ 4.106,58	€ 3.000,00

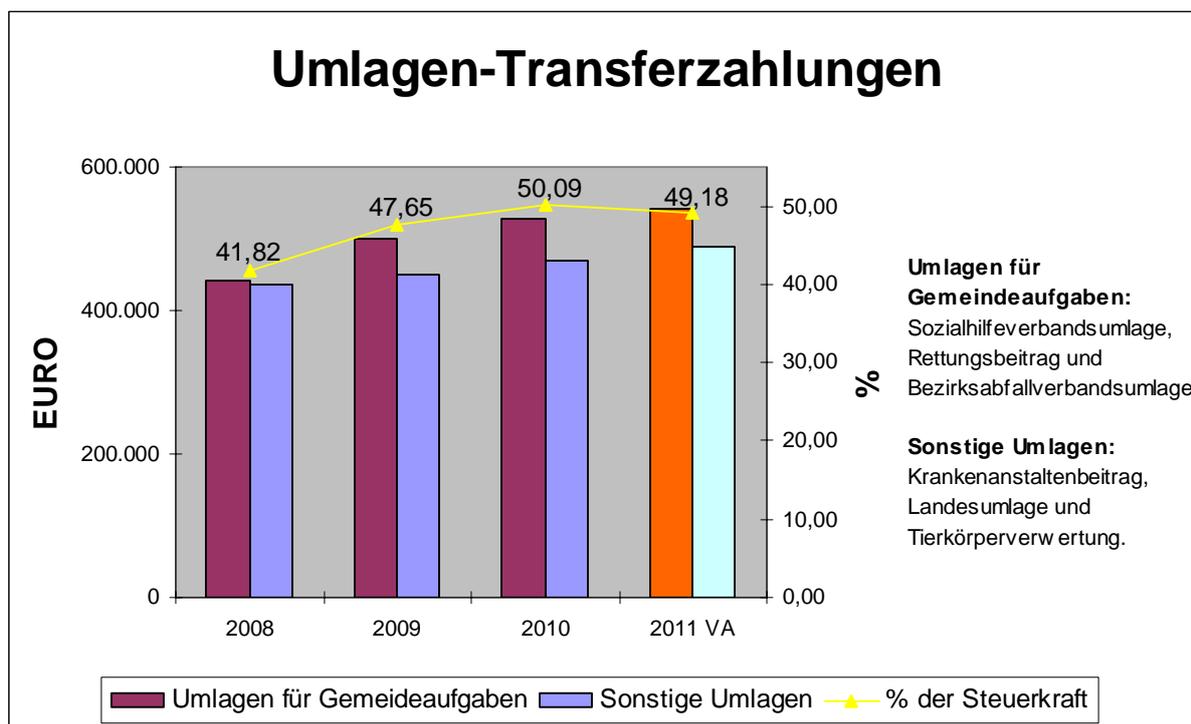
## Verkehrsflächenbeiträge

Bei der Prüfung der vom Bauamt geführten Akte zur Vorschreibung von Verkehrsflächenbeiträgen wurden Mängel bzw. Versäumnisse festgestellt. Nach der Oö. Bauordnung 1994 sind die Verkehrsflächenbeiträge mit der Erteilung einer Baubewilligung vorzuschreiben.

Im Jahr 2010 ist bei sechs Ansuchen um Erteilung der Baubewilligung zur Errichtung eines Wohnhauses die Einhebung der Verkehrsflächenbeiträge unterblieben. Die im Zuge dieser Gebarungsprüfung vorgenommene Berechnung hat ergeben, dass für die Steuer-Nummern 3657, 5447, 8862, 9639, 13854 und 16097 insgesamt Verkehrsflächenbeiträge von rd. € 12.400 noch nicht vorgeschrieben wurden.

Anzumerken ist, dass bis zum Jahre 2009 die Vorschreibung jeweils zeitgerecht erfolgt ist, seither aber Versäumnisse eingetreten sind. Ab dem Zeitpunkt der Prüfung wird von der Gemeinde die zeitgerechte Einhebung beachtet.

## Umlagen



Geldleistungen, welche die Gemeinde in Form von Umlagen und Transferzahlungen zu erbringen hatte, lagen im Jahr 2008 bei 41,82 %. 2009 waren schon 47,65 % der Steuerkraft dafür aufzuwenden und 2010 wurde die 50 %-Marke überschritten. Im Voranschlag 2011 wird ein leichter Rückgang auf 49,18 % erwartet.

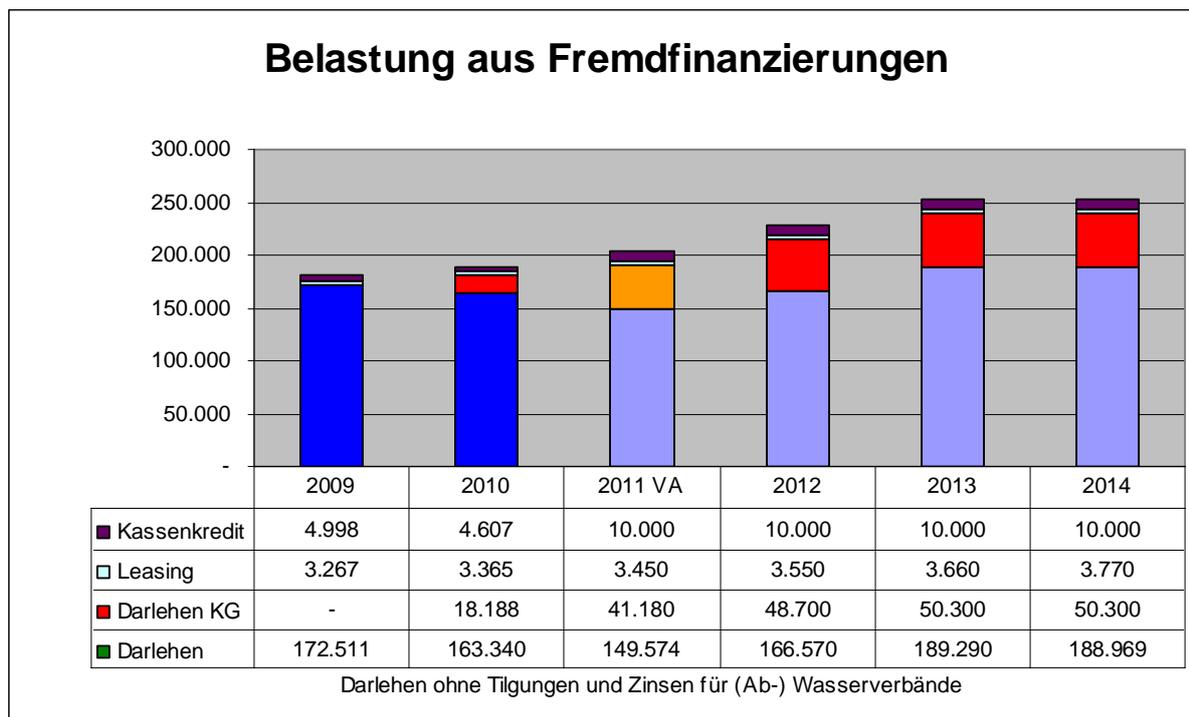
Diese Steigerung ist mit der Erhöhung der Sozialhilfeverbandsumlage und Krankenanstaltenbeiträge in den Jahren 2008 bis 2010 von rund € 123.800 bei einem gleichzeitigen Rückgang der Steuerkraft um € 104.100 zu begründen.

Die Umlagezahlungen teilten sich im Prüfungszeitraum wie folgt auf:

	2008	2009	2010	2011 VA
Sozialhilfeverbandsumlage	418.576,00	466.861,00	495.861,00	508.100,00
Rettungsbeitrag	13.685,76	14.632,02	14.707,50	14.800,00
BAV-Beitrag	10.631,12	18.034,50	18.023,01	17.600,00
<b>Gemeindeumlagen</b>	<b>442.892,88</b>	<b>499.527,52</b>	<b>528.591,51</b>	<b>540.500,00</b>
Tierkörperverwertung	5.319,76	5.319,76	5.319,76	5.300,00
Krankenanstaltenbeitrag	336.285,00	359.310,00	382.828,00	396.200,00
Landesumlage	93.181,91	85.571,50	82.347,94	88.500,00
<b>Sonstige Umlagen</b>	<b>434.786,67</b>	<b>450.201,26</b>	<b>470.495,70</b>	<b>490.000,00</b>
<b>Umlagen gesamt</b>	<b>877.679,55</b>	<b>949.728,78</b>	<b>999.087,21</b>	<b>1.030.500,00</b>

Die betragsmäßig höchste Steigerung war bei der Sozialhilfeverbandsumlage mit € 77.285 bzw. 18,46 % zu verzeichnen. Der Krankenanstaltenbeitrag erfuhr im gleichen Zeitraum eine Erhöhung um 13,85 % bzw. € 46.545.

## Fremdfinanzierungen



### Darlehen

Diese Grafik zeigt den Nettoaufwand für den Schuldendienst, welcher aus dem ordentlichen Haushalt geleistet wurde bzw. bis 2014 zu leisten ist. Rückzahlungen der Zwischenfinanzierungen Schindlbachstraße und Kasberg sowie die - mit Rückführungen aus dem außerordentlichen Haushalt bedeckten - Sondertilgungen für den Bauhof, das Altstoffsammelzentrum und den Kindergarten sind somit nicht enthalten.

Nicht enthalten ist auch die Zwischenfinanzierung für die Errichtung des Feuerwehrzeughauses, welche über die "gemeindeeigene" KG abgewickelt wird.

Die Gemeinde Grünau im Almtal hat die - von Abgangsgemeinden verlangte - Darlehensstreckung der Siedlungswasserbaudarlehen auf 33 Jahre umgesetzt. Das Darlehen für den 8. Bauabschnitt der Abwasserbeseitigung wurde - in Absprache mit der Direktion Inneres und Kommunales - von dieser Maßnahme ausgenommen, da es zu einer deutlichen Erhöhung der Sollzinsen gekommen wäre. Der Aufschlag auf den 6-Monats-Euribor wäre von 0,058 % auf 0,12 % erhöht worden.

Für Zinsen und Tilgungen mussten im Jahr 2010 - ohne die Gewährung von Annuitätzuschüssen - rd. € 454.800 aus dem ordentlichen Haushalt bereitgestellt werden. Unter Berücksichtigung der Annuitätzuschüsse hat die Nettobelastung rd. € 163.340 betragen.

Während des Prüfungszeitraumes sind die Darlehensverbindlichkeiten - ohne die "gemeindeeigene" KG - um rd. € 900.000 gestiegen, wobei sich folgende Entwicklung zeigt:

	1. Jänner 2008	1. Jänner 2009	1. Jänner 2010	1. Jänner 2011
Schuldenart 1 <sup>2</sup>	789.365,51	337.340,09	464.769,54	150.523,01
Schuldenart 2 <sup>3</sup>	6,416.686,23	6,872.500,94	7,615.499,32	7,825.052,70
Schuldenart 3 <sup>4</sup>	666.994,78	731.994,78	784.994,78	784.994,78
Gesamt	7,873.046,52	7,941.835,81	8,865.263,64	8,760.570,49

In dieser Aufstellung sind € 58.800 für den Bauabschnitt 09 der Abwasserbeseitigung, welche noch nicht zugezählt sind sowie € 62.330 für die Ausfinanzierung des Vorhabens Generalsanierung Schindlbachstraße nicht enthalten. Die "gemeindeeigene" KG hat Darlehensverbindlichkeiten für das Amtsgebäude in Höhe von € 333.100 sowie nach Rückzahlung der Zwischenfinanzierung für den Feuerwehrzeugstättenneubau bleiben € 146.000 unbedeckt.

Ausgehend vom Schuldenstand zum 1. Jänner 2011 und unter Zugrundelegung der Einwohnerzahl zum Stichtag der Volkszählung 2001 (2.112 Einwohner) beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung € 4.136. Gemäß einer vom Land veröffentlichten Statistik war die Gemeinde Grünau im Almtal mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von € 4.186 zum 31. Dezember 2009 die am höchsten verschuldete Gemeinde im Bezirk Gmunden<sup>5</sup>.

Unter Einbeziehung der Haftungen gegenüber der Marktgemeinde Scharnstein für die Kläranlage und den Transportkanal (€ 442.297,72), der Seilbahngesellschaft (€ 435.000) sowie der "gemeindeeigenen" KG (€ 2,024.000) steigt die Pro-Kopf-Verschuldung um weitere € 1.370.

Der hohe Verschuldungsgrad ist im Wesentlichen auf den Ausbau der Abwasserbeseitigung zurückzuführen, da die maastricht-schädlichen Darlehen zum 1. Jänner 2011 lediglich € 150.520 betragen haben.

Gemäß mittelfristiger Finanzplanung beabsichtigt die Gemeinde in den Jahren 2012 und 2013 Darlehensaufnahmen in Höhe von € 2,876.200. Davon entfallen € 2,486.200 auf die Generalsanierung der Wasserleitung, € 340.000 auf den Anteil an der Kläranlage Scharnstein sowie € 50.000 für den Ankauf eines neuen Feuerwehrfahrzeuges.

Neue Darlehensaufnahmen und die im April 2011 vorgenommene Erhöhung des Europäischen Leitzinssatzes um 0,25 % stellen eine weitere starke Belastung für den ordentlichen Haushalt dar.

*In den nächsten Jahren hat die Verminderung der Verbindlichkeiten oberste Priorität und eine Neuverschuldung ist zu vermeiden.*

### **Kassenkredit**

Die Gemeinde Grünau im Almtal lädt die zwei örtlichen Geldinstitute jährlich zur Angebotslegung für den Kassenkredit ein und die Vergabe erfolgt jeweils an den Bestbieter. Für den Kassenkredit 2011 wird der 3-Monats-Euribor mit einem Aufschlag von 0,61 %-Punkten verrechnet. Als zusätzliches Entgelt wird eine 1/4-jährliche Kontoführungsgebühr in Höhe von € 15,36 sowie ein Aufschlag von € 4,61, wenn die Sollzinsen mehr als € 4,50 pro Quartal betragen, verrechnet.

*Diese Spesen sind im Bezirksvergleich nicht üblich. Wir empfehlen daher bei der nächsten Ausschreibung auch die Spesen zu berücksichtigen bzw. den Passus aufzunehmen, dass kein Kontoführungsentgelt verrechnet werden darf.*

<sup>2</sup> Schuldendienst wird mehr als zur Hälfte aus allgemeinen Deckungsmittel getragen

<sup>3</sup> Darlehen für die marktbestimmten Betriebe der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallentsorgung

<sup>4</sup> Investitionsdarlehen des Landes

<sup>5</sup> Bezirksdurchschnitt € 1.958

Die Höhe der Kassenkreditzinsen in den Jahren 2012 bis 2014 wurde mit dem Wert aus dem Voranschlag 2011 angenommen. Eine mittelfristig zu erwartende Zinsenerhöhung wurde in der Grafik nicht berücksichtigt.

## Leasing

Die Leasingraten werden für die Kopierer im Gemeindeamt sowie in der Volksschule aufgewendet. Für den Kopierer im Gemeindeamt hat die ursprüngliche monatliche Miete € 168 und in der Volksschule € 58 betragen. Beide Entgelte sind an den Verbraucherpreisindex 2000 – mit einer jährlichen Anpassung – gebunden. Der Vertrag für das Kopiergerät im Gemeindeamt endet im Jänner 2013 und jener für die Volksschule im September 2012. Da von einer Laufzeitverlängerung auszugehen ist, wurden bei den Leasingraten bis 2014 in der Grafik jährliche Anpassungen vorgenommen.

## Haftungen

Gemäß Rechnungsabschluss 2010 sind die Haftungen der Gemeinde Grünau im Almtal mit € 4,601.297,72 ausgewiesen:

Marktgemeinde Scharnstein für Kläranlage und Kanäle	€ 442.297,72
Seilbahngesellschaft für laufenden Betrieb	€ 435.000,00
"Gemeindeeigene" KG für Amtsgebäude und Feuerwehrzeughaus	€ 3,724.000,00

Die Haftung für die Seilbahngesellschaft wurde 2011 vom Land bedeckt und die € 1,7 Mio. für den Zwischenkredit zum Amtsgebäudeneubau wurden nicht in Anspruch genommen.

Für die mit der Marktgemeinde Scharnstein gemeinsam genutzte Kläranlage mit den entsprechenden Transportkanälen sowie die Fäkalienübernahmestelle leistet die Gemeinde Grünau im Almtal einen anteiligen Schuldendienst.

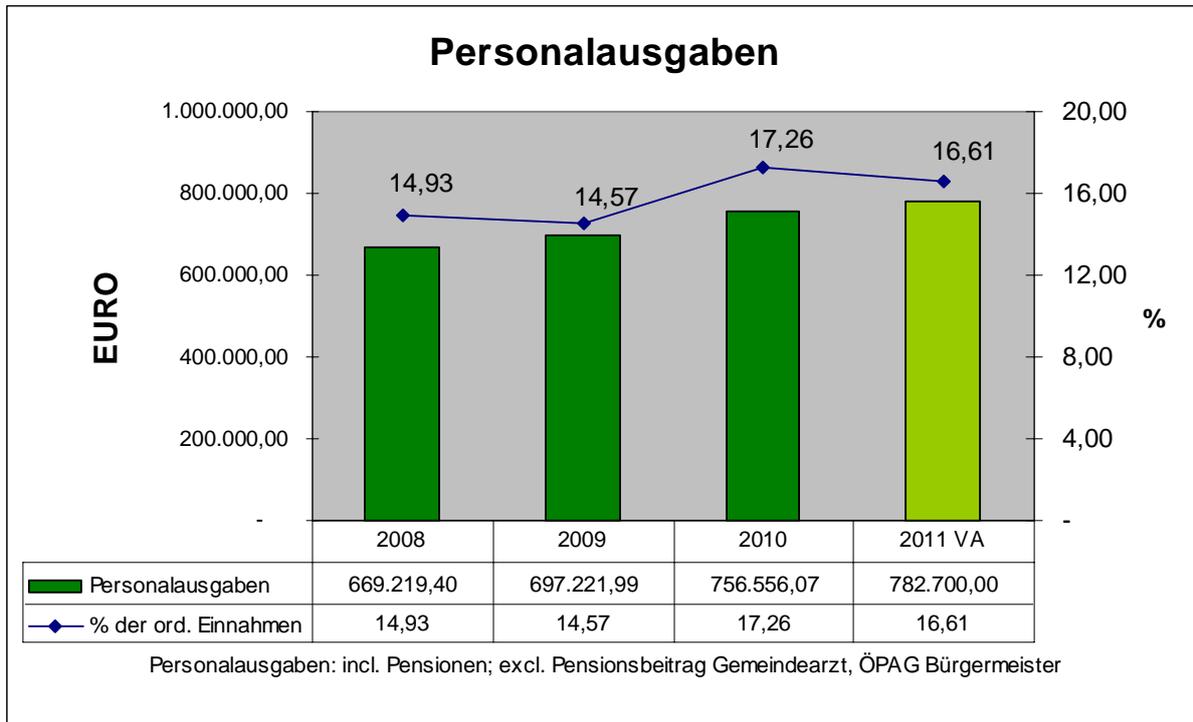
2009	2010	2011 VA	2012	2013	2014
€ 34.031,02	€ 33.536,23	€ 33.880,00	€ 34.000,00	€ 40.730,00	€ 40.850,00

## Rücklagen

Die Gemeinde Grünau im Almtal verfügte zum 31. Dezember 2010 über Rücklagen in Höhe von € 301.204,30, welche zur Kassenkreditverstärkung herangezogen werden. Der Rücklagenbestand setzt sich wie folgt zusammen:

Wasserleitungsbau	€ 125.533,17
Kanalbau	€ 172.749,66
Straßenbau	€ 2.921,47

## Personal



Die Personalausgaben stiegen in den letzten drei Jahren von € 669.200 im Jahr 2008 um rund 13,1 % auf € 756.600 im Jahr 2010. Der Anstieg von 2009 auf 2010 ist auf die durchgeführten Personalaufnahmen im Verwaltungsbereich (zur Einschulung eines Bediensteten für einen in den Ruhestand übertretenden Beamten) und im handwerklichen Bereich (zusätzlicher Facharbeiter) zurückzuführen.

### Dienstpostenplan

Der zum Zeitpunkt der Gebarungseinschau gültige Dienstpostenplan wurde vom Gemeinderat in seiner Sitzung am 8. Februar 2011 beschlossen. Mit Erlass vom 7. April 2011, IKD(Gem)-210095/33-2011-Ki, wurde dafür die gemeindeaufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Im Jahr 2010 waren insgesamt 16 Bedienstete ganzjährig beschäftigt, wovon

- 9 Bedienstete (7,5 PE) auf die Hauptverwaltung einschließlich der Reinigungskraft für das Gemeindeamt mit einem Personalaufwand von rund € 332.100,
- 5 Bedienstete (4,75 PE) auf den Wirtschaftshof mit einem Personalaufwand von rund € 219.600,
- 2 Bedienstete (2 PE) auf den Schulwart und die Schulreinigungskraft mit einem Personalaufwand von rund € 51.200,
- 1 Bedienstete (0,47 PE) auf den Schulküchenbetrieb mit einem Personalaufwand von rund € 17.500 und
- 1 Bedienstete (0,25 PE) auf den Reinigungsbereich diverser Gemeindeobjekte mit einem Personalaufwand € 8.700

entfielen. Darin nicht enthalten sind die Pensionsbeiträge.

## **Allgemeine Verwaltung**

### **Entschädigung für externe Trauungen**

Die für externe Trauungen einzuhebende Kommissionsgebühr wird zwischen der Gemeinde und den Standesbeamten im Verhältnis 50 : 50 aufgeteilt. Dazu wird seitens des Amtes der Oö. Landesregierung im Erlass vom 16. April 2007, Gem-200019/32-2007-Shü, die Ansicht vertreten, dass Kommissionsgebühren als Ersatz für Amtshandlungen der Behörde außerhalb des Amtes zu verstehen sind.

*Die Auszahlung eines Teilbetrages an die Standesbeamten widerspricht der erlassmäßigen Regelung.*

Festzuhalten ist, dass die gesetzlich mögliche Auszahlung von Reisekosten (Fahrtspesen und Tagesgebühr) bisher nicht erfolgte.

### **Arbeitsübernahme Bahnhof**

Der Gemeinderat hat am 6. November 2007 mit einer Betriebsgesellschaft eine Vereinbarung über die Erbringung verschiedener Leistungen im Bahnhof Grünau im Almtal abgeschlossen. Hierbei handelt es sich um die Reinigung der Sanitärräume (Damen- und Herren WC) und des Warteraumes sowie des überdachten Vorplatzes und Hausbahnsteiges durch eine Gemeindebedienstete. Für die Lohn- und Materialkosten erhält die Gemeinde eine Pauschalentschädigung von jährlich € 4.606,44. Die Gemeinde kann mit diesem Ersatz die aus den vereinbarungsgemäß anfallenden Arbeiten kostenmäßig abdecken und es ergibt sich aus diesem Titel keine Unwirtschaftlichkeit.

Mit Erlass der Direktion für Inneres und Kommunales IKD(Gem)-210095/33-2011-Ki vom 7. April 2011 wurde im Hinblick auf die von der Gemeinde gegenüber der Betriebsgesellschaft übernommenen Haftungen einerseits und den Verzicht der Gemeinde auf Geltendmachung von Schäden andererseits der Gemeinde aufgetragen diese Vereinbarung zu kündigen.

Im Zuge der Gebarungseinschau wurde über unsere Anregung von der Gemeinde eine Anfrage an das mit der Haftpflichtversicherung beauftragte Versicherungsunternehmen gerichtet und dabei konnte festgestellt werden, dass die beschriebenen Tätigkeiten der Gemeinde durch die bestehende Haftpflichtversicherung gedeckt sind.

*Eine endgültige Klärung dieser Angelegenheit hat die Gemeinde mit der Direktion für Inneres und Kommunales vorzunehmen.*

## **Bauhof**

### **Überstunden/Urlaubsguthaben**

Die im Rahmen der Gebarungseinschau im Jahr 2006 bemängelte hohe Anzahl von Überstundenguthaben und Resturlauben der Bediensteten des handwerklichen Dienstes wurde inzwischen erheblich vermindert. Dazu wurde im Jahr 2009 mit den Bauhofmitarbeitern eine Zielvereinbarung abgeschlossen, die eine strengere Handhabung bei Überstundenleistungen und den verbindlichen Abbau von jährlich 100 Urlaubs- und Zeitausgleichsstunden gegenüber dem Vorjahr zum Inhalt hat. Diese Zielvereinbarung konnte bisher weitgehend eingehalten werden.

*Die Vorgangsweise der Gemeinde kann diesbezüglich als vorbildlich bezeichnet werden. Dieser konsequente Weg ist beizubehalten.*

### **Bereitschaftsdienst**

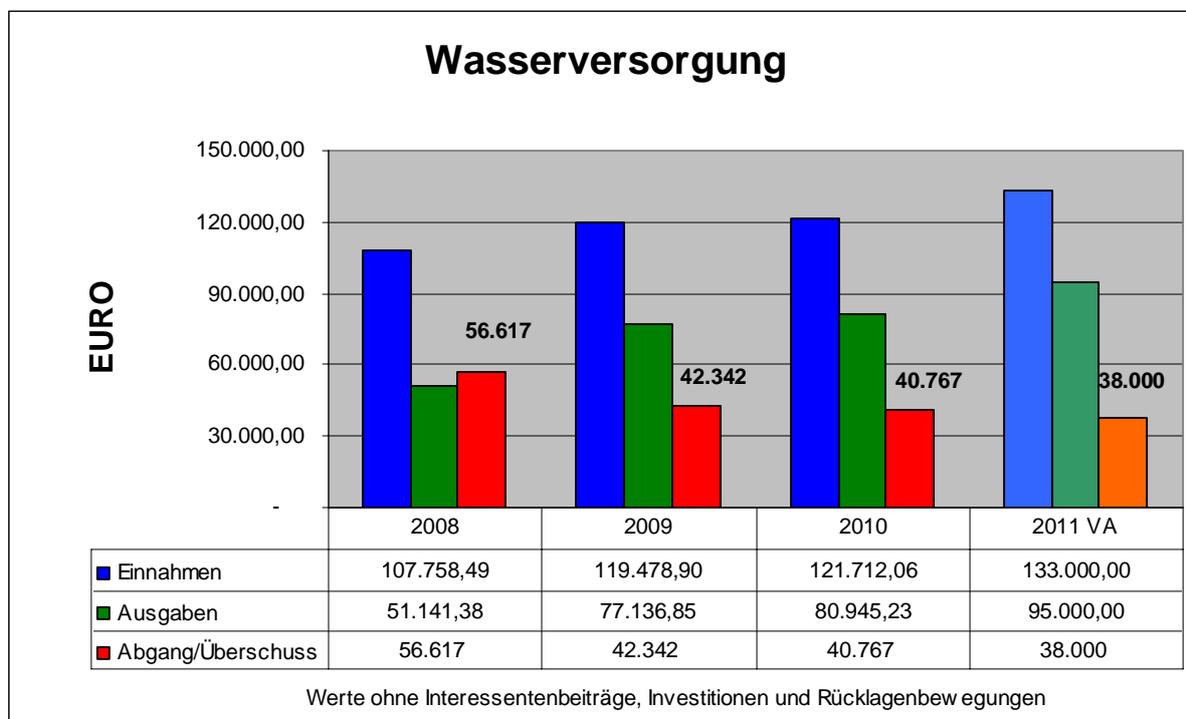
Die seit 1. Juli 2004 bestehende Regelung für Bereitschaftsdienste sieht die Einteilung jeweils eines Bediensteten außerhalb der Normaldienstzeiten vor und umfasst die Bereiche Wasser, Kanal und Winterdienst. Während der Zeit von 22.00 bis 4.00 Uhr besteht keine Rufbereitschaft. Die Durchsicht der Arbeitsberichte der Bediensteten des handwerklichen

Dienstes zeigt, dass im Jahr 2010 für Wasser- und Kanalanlagen 14 Einsätze während der Rufbereitschaft erforderlich waren, wobei mehr als die Hälfte dieser Einsätze auf einen Bediensteten entfielen. Zwischen 4.00 und 6.00 Uhr war im Jahr 2010 lediglich ein Rufbereitschaftseinsatz für Wasser- und Kanalanlagen zu verzeichnen.

*Auf Grund der im Jahr 2010 notwendigen Rufbereitschaftseinsätze erachten wir die bisherige Regelung mit einem zur Bereitschaft eingeteilten Bediensteten als ausreichend, wobei wegen der nur einmaligen Notwendigkeit eines Arbeitseinsatzes die zusätzliche Aussetzung der Rufbereitschaft in der Zeit von 4.00 und 6.00 Uhr (ausgenommen für den Winterdienst) anzustreben ist. Die Notwendigkeit der Einteilung eines zweiten Bediensteten zu Rufbereitschaften erachten wir derzeit nicht als erforderlich. Auf die Ausführungen im Erlass der Direktion Inneres und Kommunales vom 9. Oktober 2009, IKD(Gem)-20062/23-2009 wird hingewiesen.*

# Öffentliche Einrichtungen

## Wasserversorgung



Die Gemeinde Grünau im Almtal konnte aus dem laufenden Betrieb der Wasserversorgung in den Jahren 2008 bis 2010 Überschüsse von insgesamt rd. € 140.000 erzielen, welche zur Haushaltsstärkung verwendet wurden. Der Rückgang des Überschusses im Jahr 2009 ist auf gestiegene Instandhaltungsarbeiten am Wasserleitungsnetz, aber auch auf den Einbau einer UV-Anlage zur Sicherung der Trinkwasserqualität zurückzuführen.

Für die öffentliche Wasserversorgung, welche seit Ende der 50er-Jahre ausgebaut wird, stehen derzeit die drei Brunnen "Schwarzes Wasser", "Reifgraben" und "Mudlmoos" zur Verfügung. Mittlerweile sind die Planungen für eine Generalsanierung weitgehend abgeschlossen und nach Abschluss des wasserrechtlichen Bewilligungsverfahrens ist die Umsetzung für 2012 geplant. Diese Generalsanierung beinhaltet die Sanierung der "Mudlmoosquelle" sowie die Errichtung eines neuen Brunnens im Bereich "Kronawettau". Nach Abschluss der Arbeiten kann das gesamte Leitungsnetz – unter Mithilfe von Drucksteigerungs- und Druckreduzierungsanlagen – entweder von der "Mudlmoosquelle" oder dem neuen Brunnen gespeist werden. Das bestehende Versorgungsnetz umfasst rd. 32,8 km Wasserleitungen.

Die Anschlussdichte an die öffentliche Wasserversorgung beträgt 82,67 % (Stichtag 1. Oktober 2010). Von den 2.123 mit Hauptwohnsitz gemeldeten Einwohnern werden 1.755 mit gemeindeeigenem Wasser versorgt. Bei den nicht angeschlossenen Objekten handelt es sich um Streusiedlungen, deren Erschließung derzeit nicht geplant ist.

Die Anschlussgebühr wurde immer in der vom Land bekannt gegebenen Mindestgebühr verrechnet.

Mit der vereinnahmten Benützungsg Gebühr wurde diese Einrichtung während des Prüfungszeitraumes ausgabendeckend geführt. Die Kostendeckung konnte lediglich 2008 erreicht werden.

<b>Wassergebühren / m<sup>3</sup> netto</b>	2008	2009	2010	2011 <sup>6</sup>
Mindestgebühr gemäß Land	€ 1,25	€ 1,25	€ 1,28	€ 1,31
verrechnete Gebühr gemäß Gebührenkalkulation	€ 1,26	€ 1,40	€ 1,48	€ 1,48
ausgabendeckende Gebühr	€ 0,64	€ 0,96	€ 1,05	€ 1,22
kostendeckende Gebühr	€ 1,12	€ 1,45	€ 1,53	€ 1,63

Gemäß dieser Aufstellung liegt die verrechnete Gebühr gemäß Gebührenkalkulation in den Jahren 2009 und 2011 nicht – wie von Abgangsgemeinden verlangt – um 20 Cent über der bekannt gegebenen Mindestgebühr. Grund dafür ist der Abrechnungsmodus. Im September werden die Zähler abgelesen und im November werden die Gebühren für das 3. Quartal mit der Abrechnung des letzten Jahres vorgeschrieben. Die Benützungsgebühren für das 4. Quartal sind somit erst bei der Gebührevorschreibung im ersten Quartal des Folgejahres enthalten.

*Solange die Gemeinde Grünau im Almtal den Haushalt nicht ausgleichen kann, ist darauf zu achten, dass die Benützungsgebühr um 20 Cent über der vom Land bekannt gegebenen Mindestgebühr festgesetzt wird.*

Eine Gegenüberstellung der geförderten mit der verbrauchten Wassermenge ist nicht möglich, da die geförderte Wassermenge nicht erfasst wird. Somit können eventuelle Defekte am Leitungsnetz nur nach einem Druckabfall in den Hochbehältern festgestellt werden. Wir empfehlen bei den derzeitigen Planungen für die Generalsanierung entsprechende Messvorrichtungen vorzusehen.

#### Kostenloser Wasserbezug

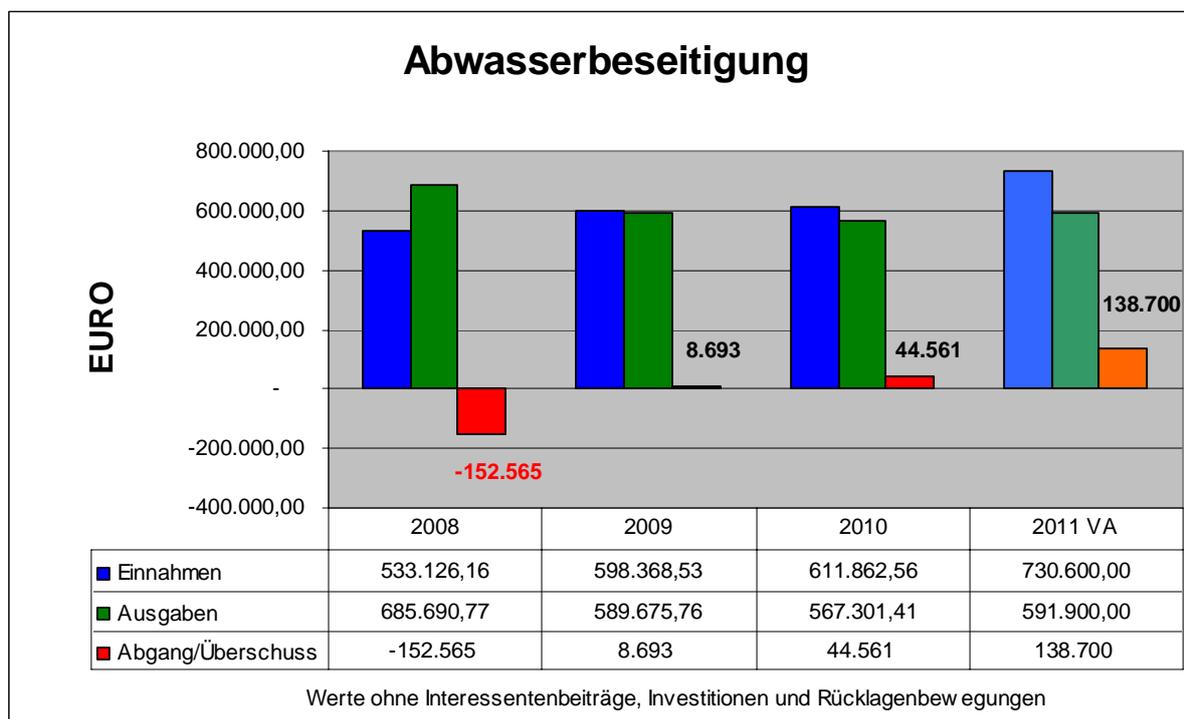
Anlässlich der Gebarungsprüfung 2006 wurde das vom Gemeinderat am 25. Juli 1964 beschlossene kostenlose Wasserbezugsrecht aus der alten Ortswasserleitung aufgezeigt. Da das Recht zur Nutzung der sogenannten Kupferquelle zum 31. Dezember 1968 erloschen ist, wurde der Gemeinde empfohlen, prüfen zu lassen, ob damit auch das Recht auf einen kostenlosen oder ermäßigten Wasserbezug erloschen ist.

In einem von der Gemeinde in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten ist festgehalten, dass eine Ersitzung der Wasserbezugsrechte möglich ist, wenn die Versorgung schon länger als 30 Jahre über die Reifgrabenquelle erfolgt. Die Objekte mit einem kostenlosen oder ermäßigtem Wasserbezug werden seit über 30 Jahren aus der Reifgrabenquelle versorgt und somit ist eine Ersitzung des Wasserbezugsrechtes eingetreten.

Hinsichtlich der Vorschreibung von ergänzenden Anschlussgebühren ist zu beachten, dass Servitute nicht erweitert werden dürfen und eine Erweiterung der Dienstbarkeit durch Vergrößerung des herrschenden Gutes unzulässig ist. Von der Gemeinde können somit bei Zu- und Erweiterungsbauten ergänzende Wasserleitungsanschlussgebühren vorgeschrieben werden.

<sup>6</sup> Laut Gebührenkalkulation

## Abwasserbeseitigung



Nachdem die Abwasserbeseitigung im Jahr 2008 mit einem Minus von € 152.565 abgeschlossen wurde, ist in den Folgejahren eine deutliche Verbesserung des Betriebsergebnisses eingetreten. In folgender Aufstellung werden jene Positionen aufgezeigt, welche das Betriebsergebnis am höchsten beeinflusst haben.

	2008	2009	2010	2011 VA
Darlehensstilgung	195.095,36	247.795,30	299.553,13	313.000,00
Zinsen	279.365,68	159.353,43	91.927,38	97.000,00
Betriebskosten Kläranlage	120.544,11	100.000,00	95.000,00	95.700,00
Benützungsgebühr	237.261,61	262.413,17	274.515,3	280.800,00
Tilgungs-/ Zinsenzuschüsse	270.265,92	304.181,27	291.469,86	422.200,00
Überschuss aus Betriebskostenabrechnung		4.891,42	18.096,45	

Der Bau der Abwasserbeseitigung kann 2011 mit der Erfüllung des "Gelbe-Linien-Planes" weitgehend abgeschlossen werden, da die Bauabschnitte 07 "Restliche Nebenstränge", 08 "Almsee mit Pumpwerken" und 09 "Überwachung der Pumpwerke" fertig gestellt werden. Nach Abschluss dieser Bauabschnitte wird das Kanalnetz eine Länge von rd. 61,4 km haben. Im Vergleich mit der aktuellen Anzahl an Hauptwohnsitzen<sup>7</sup> beträgt das Abwassernetz 29,19 m je Einwohner und kann als überdurchschnittlich lang bezeichnet werden.

Mit der Fertigstellung dieser Bauabschnitte beträgt die Anschlussdichte 78,24 % und dies bedeutet, dass von den 2.123 Hauptwohnsitzen die Abwässer von 1.661 Personen gesammelt werden. Die Entsorgung der Abwässer erfolgt in der mit der Marktgemeinde Scharnstein betriebenen Kläranlage, wofür ein Transportkanal errichtet wurde. Die Abrechnung erfolgt nach der verrechneten Abwassermenge.

<sup>7</sup> 2.104 Einwohner zum Stichtag 18. April 2011

Bei der Kläranlage ist auch eine Fäkalienübernahmestelle eingerichtet. Die Nettodarlehens-tilgungen und Nettozinsen sowie sämtliche Fixkosten<sup>8</sup> werden zu 1/3 auf die Gemeinde Grünau im Almtal und 2/3 auf die Marktgemeinde Scharnstein aufgeteilt. Bei den Betriebskosten erfolgt eine verursachergerechte Abrechnung nach der verrechneten Abwassermenge.

Für die Übernahme in der Fäkalienübernahmestelle wird ein Kostenersatz verrechnet und dieser beträgt für die Inhalte aus Senkgruben € 1,60/m<sup>3</sup> brutto und für jene aus 3-Kammern-Anlagen € 5,60 brutto.

*Da dieser Tarif seit der Euroeinführung nicht mehr erhöht wurde, empfehlen wir eine Anpassung vorzunehmen.*

Die Höhe der Anschlussgebühr wurde immer mit der vom Land bekannt gegebenen Mindestgebühr festgesetzt.

Die Benützungsg Gebühr setzt sich aus einer Grundgebühr je Anschluss sowie einer verbrauchsabhängigen m<sup>3</sup>-Gebühr zusammen. Für Objekte, welche nicht an die gemeinde-eigene Wasserversorgung angeschlossen sind, errechnet sich die Benützungsg Gebühr wie folgt:

- Pro Person und Jahr ein Wasserverbrauch von 50 m<sup>3</sup>
- Pro Fremdenbett und Jahr ein Wasserverbrauch von 10 m<sup>3</sup>
- Pro Zweitwohnsitzwohnung und Jahr ein Wasserverbrauch von 40 m<sup>3</sup>

<b>Abwassergebühren / m<sup>3</sup> netto</b>	2008	2009	2010	2011 <sup>9</sup>
Mindestgebühr gemäß Land	3,10	3,10	3,16	3,22
verrechnete Gebühr gemäß Gebührenkalkulation	3,08	3,25	3,35	3,40
ausgabendeckende Gebühr	8,20	6,76	6,42	6,66
- abzüglich Annuitätenzuschüsse	4,91	3,22	3,07	1,86
kostendeckende Gebühr	10,93	9,41	8,97	9,68
- abzüglich Annuitätenzuschüsse	7,64	5,87	5,62	4,88

Wie in der Tabelle gezeigt, wird unter Berücksichtigung der Annuitätenzuschüsse seit 2009 eine ausgabendeckende Gebühr verrechnet. Eine Kostendeckung ist derzeit nicht möglich.

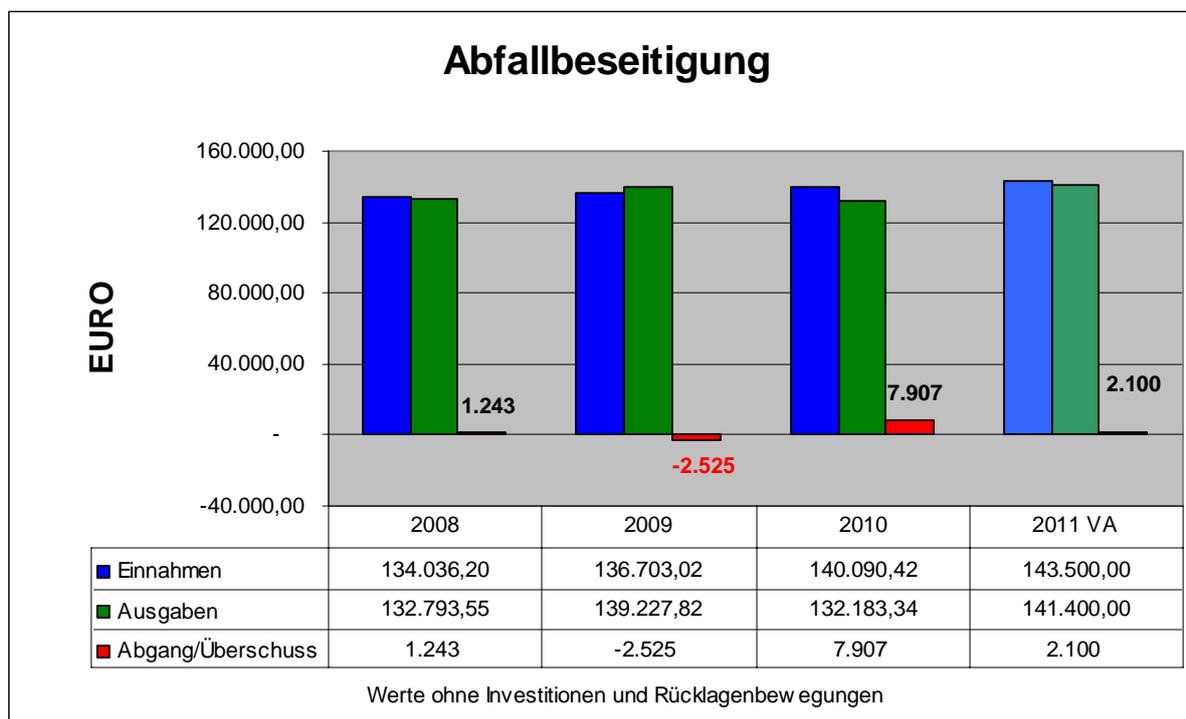
Analog der Wasserversorgung wird die Gebühr für das letzte Quartal immer erst im Folgejahr eingenommen und somit ist das Ergebnis der verrechneten Gebühr gemäß Gebührenkalkulation ein Mischsatz.

*Die Gemeinde Grünau im Almtal hat – solange der Haushaltsausgleich nicht geschafft wird – darauf zu achten, dass die Benützungsg Gebühr um 20 Cent über der vom Land bekannt gegebenen Mindestgebühr liegt.*

<sup>8</sup> Versicherungen, Wartungs-, Personal- und Instandhaltungskosten

<sup>9</sup> Laut Gebührenkalkulation

## Abfallbeseitigung



Nachdem die Betriebsergebnisse bei der Abfallbeseitigung bis 2008 ständig gesunken sind, war 2009 ein Abgang von rd. € 2.500 zu verzeichnen. Zum Stichtag 1. Juli 2010 wurde eine Gebührenanpassung vorgenommen und somit konnte 2010 wieder mit einem Überschuss abgeschlossen werden. Gemäß Voranschlag 2011 wird mit einem deutlichen Rückgang des Überschusses gerechnet und dem kann auch die zum 1. Jänner 2011 beschlossene Erhöhung der Grundgebühr nicht gegensteuern.

*Die Gemeinde Grünau im Almtal hat künftig die Gebühren so festzusetzen, dass bei dieser Einrichtung keine Abgänge zu verzeichnen sind.*

Im Gemeindegebiet gibt es etwa 840 Objekte mit rd. 1.240 Haushalten (inklusive Gewerbebetrieben). Zur Entsorgung der häuslichen Abfälle stehen zum Stichtag 18. April 2011 insgesamt 818 Tonnen (bis zur Größe von 240-Liter-Behältern) und 24 Container mit 800 und 1.100 Liter Fassungsvermögen zur Verfügung.

Für die Entsorgung der Plastikabfälle steht die "gelbe" Tonne und für Altpapier die "rote" Tonne zur Verfügung. Die "gelbe" Tonne wird von 66 % der Liegenschaften bzw. 553 Objekten genutzt und die "rote" Tonne von 71 % bzw. 594 Objekten.

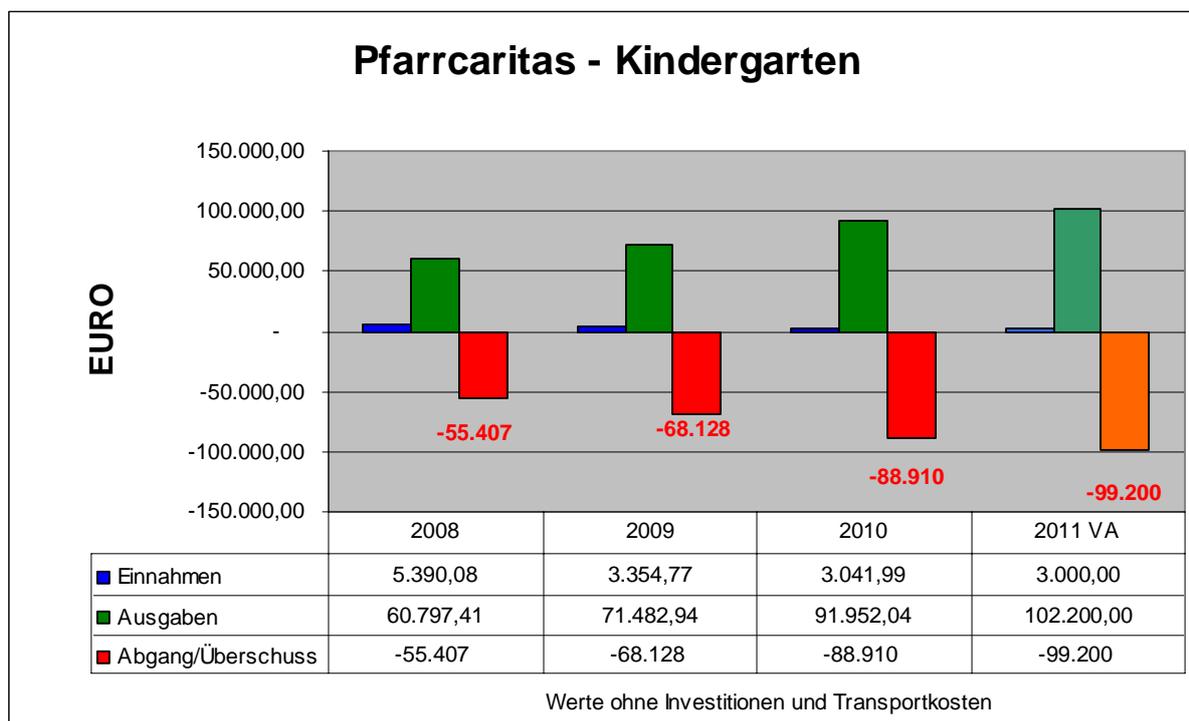
Zur Sammlung von biogenen Abfällen liegen beim Altstoffsammelzentrum kompostierbare Biosäcke auf, welche von den Gemeindegürgern abgeholt werden können. Dieses Angebot wird derzeit von ca. 450 Haushalten beansprucht. Von Mai bis Oktober werden die Biosäcke wöchentlich und in den Monaten November bis April zweiwöchentlich von einem Landwirt abgeholt und anschließend zu einer Kompostieranlage gebracht.

Strauchschnitt kann in einer Kompostierungsanlage abgegeben werden und von jeder – an die Abfallabfuhr angeschlossenen Liegenschaft – kann im Monat 1 m<sup>3</sup> kostenlos angeliefert werden. Ab dem zweiten m<sup>3</sup> wird ein Kostenersatz von € 10,90 / m<sup>3</sup> verrechnet.

Für die Entsorgung der sperrigen Abfälle steht das im Mai 2008 neu eröffnete Altstoffsammelzentrum zur Verfügung. Diese Einrichtung hat in den Monaten April bis Oktober Mitt-

wochs von 17.00 – 19.00 Uhr und Freitags von 13.00 – 19.00 Uhr und von November bis März nur am Freitag von 13.00 – 18.00 Uhr geöffnet.

## Kindergarten



Der Anstieg des Fehlbetrages im Jahr 2009 ist auf die Errichtung einer vierten Kindergarten-Gruppe zurückzuführen. Der Ankauf des Containers für diese Gruppe wurde mit einer Darlehensaufnahme in Höhe von € 55.000 finanziert. Für den entsprechenden Schuldendienst wurden 2009 rd. € 9.500 geleistet und dieser ist 2010 auf rd. € 13.850 gestiegen. Zur Erhöhung des Zuschussbedarfes 2010 ist anzumerken, dass die Kindergartenleiterin am 15. Dezember 2010 von der Gemeinde Mittel in Höhe von € 21.500 angefordert hat, welche nach kritischem Hinterfragen wegen der finanziellen Probleme der Gemeinde nach einigen Tagen auch überwiesen wurden. Am Kontoauszug des Kindergartens zum Jahresende war jedoch ein Überschuss von € 55.220,43 ausgewiesen und somit stellt sich die Frage, ob die Mitte Dezember angeforderten Mittel auch tatsächlich benötigt wurden. Diese Thematik wird auch in der nächsten Sitzung des Prüfungsausschusses der Gemeinde Grünau im Almtal behandelt werden.

*Wir empfehlen der Gemeinde in Zukunft die Vorschusszahlungen nur mehr dann freizugeben, wenn der Bedarf zumindest mittels Bankauszug nachgewiesen wird. Eine Überprüfung der jährlichen Abrechnung an Hand der Belege wird ebenfalls angeraten. Die Ausgaben sind dabei auf einen sparsamen und wirtschaftlichen Einsatz zu prüfen.*

Der Betrieb des Kindergartens wurde von der Gemeinde an die Pfarrcaritas übertragen. Der entsprechende Gemeinderatsbeschluss wurde am 2. Juli 1999 gefasst. Weiters hat die Pfarrcaritas das von der Gemeinde Grünau im Almtal errichtete Kindergartengebäude gepachtet.

Diese Kinderbetreuungseinrichtung wird seit dem Kindergartenjahr 2009/10 mit vier Gruppen geführt. In den letzten Jahren ist auch ein deutlicher Anstieg bei der Abgangsdeckung je Kind zu verzeichnen.

	2008	2009	2010
Durchschnittliche Besucherzahl	65	68	70
Abgangsdeckung je Kind	€ 850	€ 1.000	€ 1.270

Von diesen vier Kindergartengruppen wird eine als alterserweiterte Gruppe mit einem Kind unter 3 Jahren geführt. Derzeit besuchen insgesamt 75 Kinder den Kindergarten und somit liegt keine Vollausslastung im Kindergartenjahr 2010/11 vor. Aus folgender Tabelle sind die derzeit vorhandenen Ressourcen mit 12 freien Kindergartenplätzen ersichtlich.

	Gruppenhöchstzahl	tatsächliche Anzahl	Differenz Kinder
Gruppe I (alterserweitert)	18	18	0
Gruppe II	23	21	2
Gruppe III	23	16	7
Gruppe IV	23	20	3
Summe	87	75	minus 12 Kinder

Von Montag bis Donnerstag hat der Kindergarten von 7.15 bis 16.00 Uhr geöffnet und am Freitag von 7.15 bis 12 Uhr. An den Nachmittagen wird der Kindergarten eingruppigt geführt, wobei die Pädagoginnen bei der Betreuung abwechseln. Zur Betreuung während der Rastzeit bis 13.30 Uhr ist zusätzlich noch eine Helferin anwesend.

Der Personaleinsatz in den einzelnen Gruppen wird in folgender Aufstellung dargestellt.

Gruppe I		
Leiterin	40 Wochenstunden	100,0 %
Helferin	24,5 Wochenstunden davon 3,33 Stunden für Busbegleitung	61,2 %

Gruppe II		
Gruppenführende Pädagogin	37 Wochenstunden	92,5 %
Helferin	22,58 Wochenstunden davon 1,83 Stunden für Busbegleitung	56,4 %

Gruppe III		
Gruppenführende Pädagogin	23 Wochenstunden	57,5 %
Helferin	22 Wochenstunden davon 1,83 Stunden für Busbegleitung	55,0 %

Gruppe IV		
Gruppenführende Pädagogin	38 Wochenstunden	95,0 %
Helferin	22 Wochenstunden	55,0 %

Busbegleitung	5,83 Wochenstunden	14,5 %
---------------	--------------------	--------

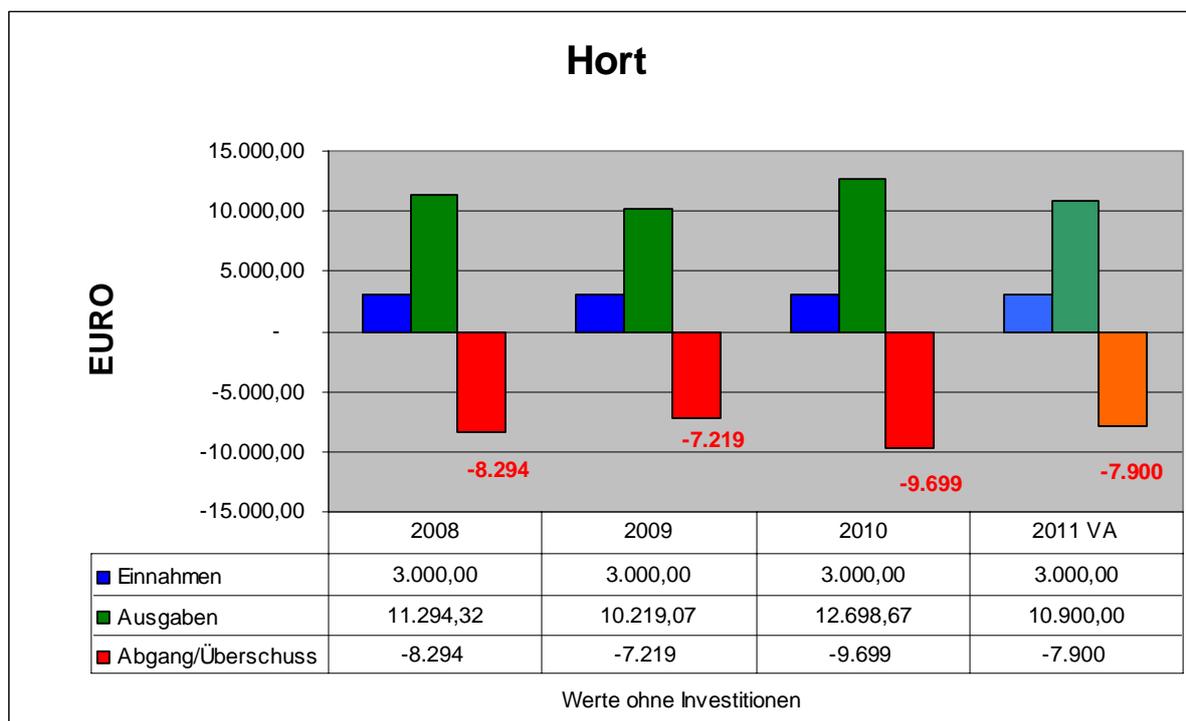
Reinigungspersonal	23 Wochenstunden	57,5 %
--------------------	------------------	--------

### Kindergartentransport

Von der Gemeinde wird auch der Abgang für den Transport der Kindergartenkinder übernommen. Unter Berücksichtigung des Landeszuschusses musste die Gemeinde in den Jahren 2008 bis 2010 durchschnittlich € 7.300 beisteuern. 2010 war ein Fehlbetrag von € 6.760 gegeben und bei durchschnittlich 40 transportierten Kindern ergab sich ein durchschnittlicher Jahreszuschuss je Kind von € 169.

Die Personalkosten für die Busbegleitung sowie der Elternbeitrag von € 8 im Monat werden direkt von der Pfarrcaritas verrechnet. Für die Busbegleitung stehen drei Helferinnen und eine zusätzliche Bedienstete mit insgesamt 12 Stunden 50 Minuten pro Woche zur Verfügung.

## Hort



Der Gemeinderat hat am 24. April 2007 das Arbeitsübereinkommen zur Führung des Hortes mit einem Trägerverein beschlossen. Die Räume für den Hort befinden sich im Volksschulgebäude.

Die Gemeinde musste in den Jahren 2008 bis 2010 einen Zuschuss von insgesamt € 25.200 leisten, wobei eine steigende Tendenz zu verzeichnen ist. Gemäß Voranschlag 2011 beträgt der Gemeindebeitrag € 10.900. Mit Schreiben vom 21. April 2011 wurde die Gemeinde über einen prognostizierten Anstieg des Fehlbetrages auf € 17.000 informiert.

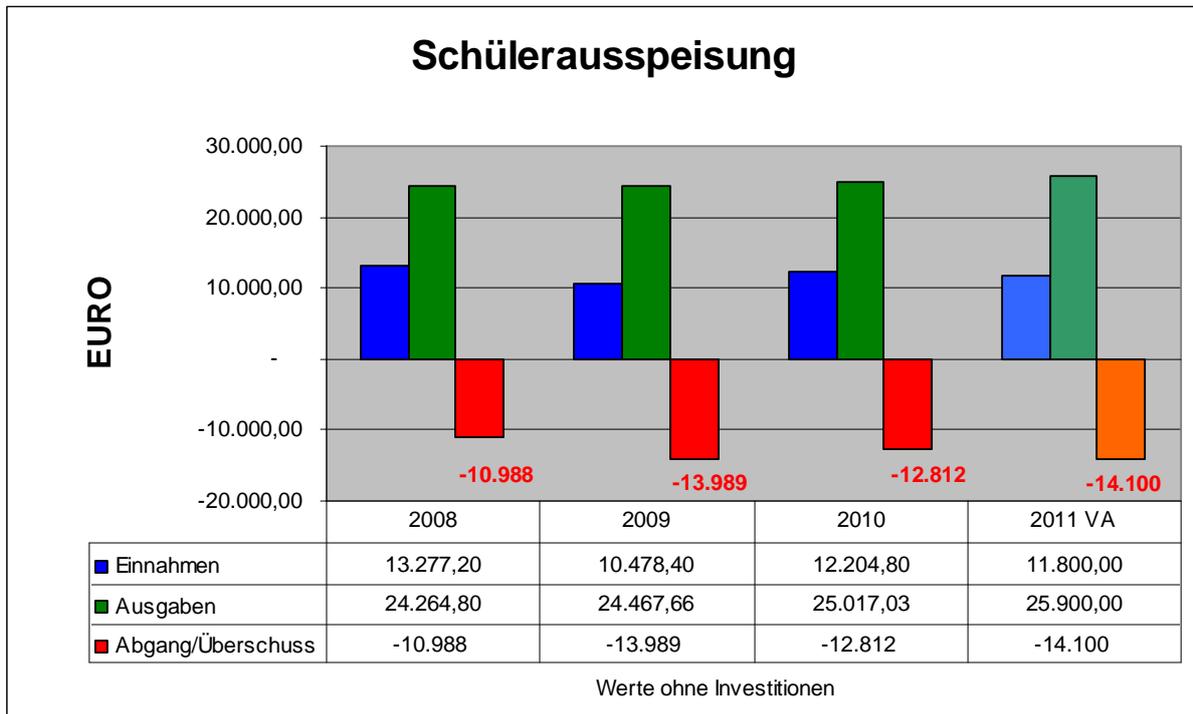
Diese Betreuungseinrichtung wird von den Gemeindebürgern immer mehr in Anspruch genommen und somit ist die Zahl der Hortkinder von durchschnittlich 10 im Jahr 2008 auf mittlerweile 19 im Jahr 2010 gestiegen. Mit dem Anstieg der Hortkinder ist auch der Zuschuss je Kind kontinuierlich gesunken.

	2008	2009	2010
Durchschnittliche Besucher	10	15	19
Zuschuss je Kind	€ 830	€ 480	€ 510

Der Hort ist von Montag bis Donnerstag in der Zeit von 11.30 bis 17.00 Uhr und Freitags von 11.30 bis 16.00 Uhr geöffnet und somit beträgt die wöchentliche Öffnungszeit 26,5 Stunden. Für die Betreuung der Kinder stehen eine Hortleiterin mit 34,75 Wochenstunden und eine Helferin mit einem Beschäftigungsausmaß von 15 Wochenstunden zur Verfügung.

Der Elternbeitrag ist einkommensabhängig und beträgt mindestens € 38. Dieser Mindestbeitrag kann auf Antrag aus besonders berücksichtigungswürdigen sozialen Gründen unterschritten oder gänzlich nachgesehen werden. Der Höchstbetrag bis 25 Wochenstunden beträgt € 100 und bei einer darüber hinausgehenden Inanspruchnahme € 200. Wenn mehrere Kinder einer Familie diese Betreuungseinrichtung besuchen, wird für das zweite Kind ein Abschlag von 50 % und für jedes weitere Kind von 100 % gewährt.

## Schülerausspeisung



Die Schülerausspeisung ist in der örtlichen Volksschule untergebracht und diese wird neben den Schülern auch von den Kindergartenkindern sowie dem Lehr- und Betreuungspersonal in Anspruch genommen. Diese Dienstleistung wird von Montag bis Donnerstag angeboten. Der Betrieb musste in den letzten Jahren immer mit allgemeinen Deckungsmitteln gestützt werden. In den Jahren 2008 bis 2010 wurden dafür insgesamt € 37.790 aufgewendet und dies entspricht einem jährlichen Durchschnitt von rd. € 12.600. Der Betriebsabgang erhöht sich noch um die buchhalterisch nicht dargestellten Betriebskosten, welche zu Lasten des Schulaufwandes gehen sowie die Verwaltungskostentangente.

*Damit für mehr Kostentransparenz gesorgt wird, sind in Zukunft sämtliche Ausgaben einschließlich einer Verwaltungskostentangente der Schülerausspeisung anzulasten.*

Während der letzten drei Jahre wurden durchschnittlich 5.863 Portionen verabreicht. Bei einem Durchschnitt von 137 Kochtagen wurden täglich 43 Portionen zubereitet. Die Anzahl der verkauften Portionen in Relation zu den Ausgaben hat sich in den Jahren 2008 bis 2010 wie folgt entwickelt.

	2008	2009	2010
Verkaufte Portionen	6.050	5.758	5.781
Ausgaben je Portion	€ 4,01	€ 4,25	€ 4,33
davon Lebensmitteleinsatz	€ 1,22	€ 1,07	€ 1,25
Durchschnittliches Entgelt	€ 2,19	€ 1,82	€ 2,11
Zuschuss der Gemeinde	€ 1,82	€ 2,43	€ 2,22

Das Entgelt wurde seit 2008 nicht verändert und beträgt für Kinder € 2 und für Erwachsene € 3,20 je Portion. In der Zeit von 23. Februar 2009 bis Ende April 2009 wurde das Essen im Kindergarten kostenlos abgegeben und somit liegen auch die durchschnittlichen Einnahmen je Portion unter dem für Kinder festgesetzten Entgelt.

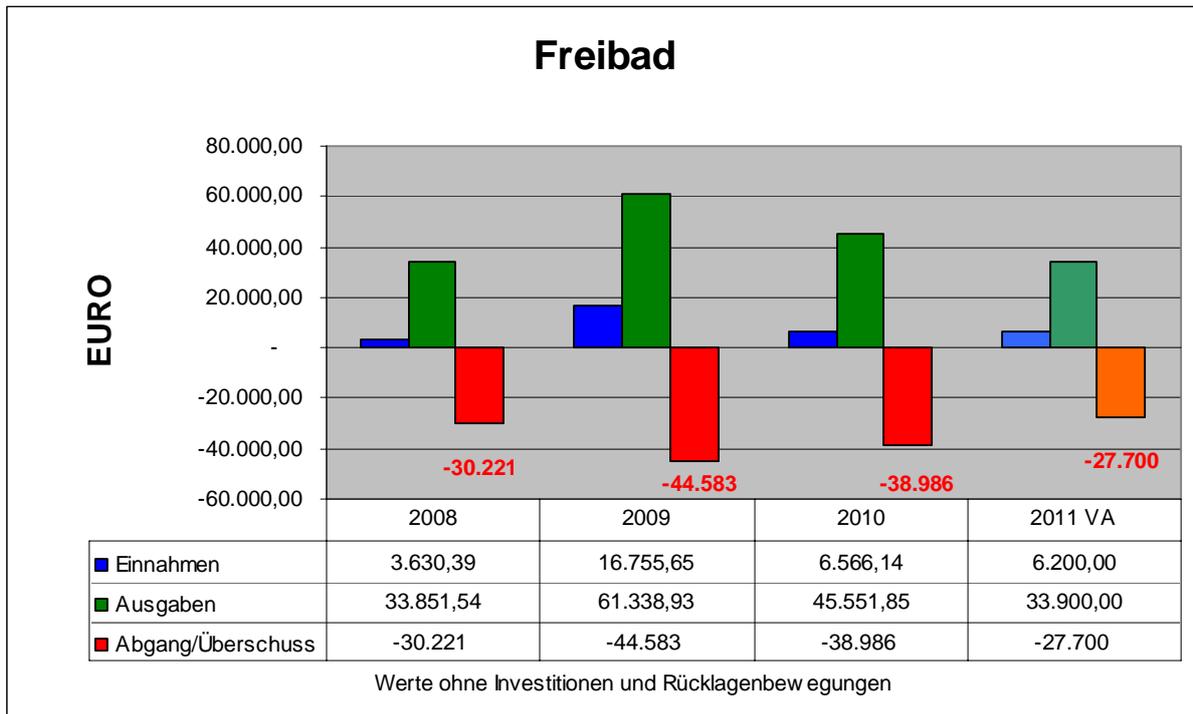
*Es wird festgehalten, dass Gemeinden privatrechtliche Entgelte – somit auch die Tarife bei der Schülerausspeisung – grundsätzlich kostendeckend festzusetzen haben.*

### **Essen auf Rädern**

Für die Aktion Essen auf Rädern wird von der Gemeinde das Geschirr angeschafft und dieses wird einem ortsansässigen Gastwirt für die Durchführung der Aktion zur Verfügung gestellt. Während des Prüfungszeitraumes hat sich der Zuschussbedarf für den Gemeindehaushalt wie folgt dargestellt.

2008	2009	2010	2011 VA
€ 1.018,84	€ 170,36	€ 79,43	€ 200,00

## Freibad



In die obige Grafik wurden die Zahlen des Unterabschnittes 831 (Freibad) und die beim Unterabschnitt 789 (Förderungen) dargestellte Subventionierung des jeweiligen Freibadpächters aufgenommen.

Das vor etwa 15 Jahren generalsanierte Freibad hat die Jahre 2008, 2009 und 2010 mit Abgängen von € 30.200, € 44.600 und 39.000 abgeschlossen. Die Gemeinde bedient sich zur Führung des Freibades eines Pächters und trägt die Kosten der Chlorgasanlage, des Stromverbrauches für das Schwimmbad, der Instandhaltungsmaßnahmen, des Wasserverbrauches für die Becken, die Telefon-Grundgebühr, die Hälfte der Müllabfuhr und für die Chemikalien.

Der Anstieg des Betriebsabganges 2009 ist vor allem auf folgende Positionen zurückzuführen:

- Chemische Mittel	+ € 2.000
- Instandhaltungsarbeiten	+ € 8.200
- Stromverbrauch	+ € 1.300
- Subventionierung Pächter	+ € 500

2010 konnte der Betriebsabgang gegenüber 2009 vor allem durch geringere Instandhaltungsarbeiten (- € 4.600) und Bauhofleistungen (- € 2.400) reduziert werden, obwohl die Stromkosten gegenüber dem Vorjahr um weitere € 3.700 gestiegen sind.

Eine Betrachtung der Stromkosten der letzten vier Badesaisonen ergab folgenden Jahresverbrauch:

Badesaison 2007 etwa	75.000 KW/h
Badesaison 2008 "	107.000 KW/h
Badesaison 2009 "	117.000 KW/h
Badesaison 2010 "	133.000 KW/h.

Bei Zugrundelegung einer durchschnittlichen Dauer der Badesaison von 115 Betriebstagen errechnet sich für:

2007	ein täglicher Stromverbrauch von	etwa	650 KW/h,
2008	" " "	" "	930 KW/h,
2009	" " "	" "	1.020 KW/h und
2010	" " "	" "	1.160 KW/h.

Die im Zuge der Gebarungsprüfung geforderte Aufstellung aller stromverbrauchenden Geräte, Maschinen und Anlagen ergibt einen täglichen Maximalstromverbrauch von etwa 650 bis 750 KW/h. Zur Abklärung des seit drei Jahren ansteigenden und über diesem Wert liegenden Stromverbrauches wurde die Gemeinde noch im Zuge der Prüfung aufgefordert entsprechende Erhebungen vorzunehmen. Die für Juni 2011 angeordneten Aufzeichnungen ergeben einen täglichen Stromverbrauch von durchschnittlich 760KW/h. Dieser Wert ist wieder plausibel nachvollziehbar. Die Gründe für die hohen Stromverbrauche 2009 und 2010 sind heute nicht mehr feststellbar.

*Die Gemeinde hat durch eine laufende Überwachung der Zählerstände die Entwicklung des Stromverbrauches im Auge zu behalten.*

Die Gemeinde hat das Freibad in den letzten drei Jahren jeweils an einen anderen Betreiber verpachtet. Obwohl die Führung immer auf einen längeren Zeitraum geplant war, kam es durch Kündigung des Pächters zu einem jährlichen Wechsel. Den vereinbarten Pachtzahlungen je Saison standen folgende Subventionierung durch die Gemeinde gegenüber:

Badesaison	Vereinbarte Pachtzahlung	Subventionierung des Pächters durch Gemeinde
2008	€ 3.500	€ 2.500
2009	€ 3.000	€ 3.000
2010	€ 6.000	€ 6.000

Die Gemeinde konnte daher lediglich 2008 aus der Verpachtung des Freibades Einnahmen von € 1.000 erzielen.

Durch die vertraglich vereinbarte eigenständige Führung des Badebetriebes wurden nur für 2009 (aufgrund der damals gewählten steuerrechtlichen Abrechnungsform) Aufzeichnungen über den Kartenverkauf der Gemeinde vorgelegt. In der Badesaison 2009 wurden insgesamt 5.700 Eintrittskarten aller Kategorien verkauft und daraus Erlöse von rd. € 14.500 erzielt. Eine Hochrechnung der Saison- und Blockkarten ergibt eine geschätzte Besucherzahl von 10.000 Badegästen.

Die Eintrittspreise werden vom Gemeinderat festgelegt und sind seit nunmehr sieben Jahren unverändert. Bereits bei unserer letzten Gebarungsprüfung vor vier Jahren wurde der Gemeinde eine Anhebung empfohlen.

*Die Gemeinde hat daher ab der Badesaison 2012 die Preise für die Tageskarte/Erwachsene von derzeit € 2,30  
Tageskarte/Jugendliche von derzeit € 1,60  
Tageskarte/Kinder von derzeit € 1,10  
um jeweils 40 Cent anzuheben.  
Eine Anpassung der Saisonkarten um € 4 je Karte ist ebenfalls vorzunehmen.*

## Ausgegliederte Unternehmungen

### Verein zur Förderung der Infrastruktur & Co KG

Die Gemeinde Grünau im Almtal hat im Jahr 2007 eine "gemeindeeigene" KG für den Neubau des Amtsgebäudes gegründet. Mittlerweile wurde auch die Errichtung des Feuerwehrzeughauses an die KG übertragen.

Für die Aufrechterhaltung der Liquidität hat die KG einen Kassenkreditvertrag in Höhe von €750.000 abgeschlossen. Analog dem Gemeindep konto wurde eine Bindung an den 3-Monats-Euribor mit einem Aufschlag von 0,61 % vereinbart. Die Gemeinde hat für diesen Kassenkredit sowie folgende Darlehen die Haftung übernommen.

Zweck	Laufzeit	Darlehenssumme	Stand 31.12.2010
Zwischenfinanzierung Amtsgebäude	11/2011	€ 1,700.000,00	
Amtsgebäude	06/2021	€ 348.000,00	€ 333.085,43
Feuerwehrzeughaus	06/2022	€ 926.000,00	€ 400.000,00

Für die Haftungsübernahme durch die Gemeinde für die Zwischenfinanzierung Amtsgebäude liegt die aufsichtsbehördliche Genehmigung vor. Dieses Vorhaben konnte jedoch ohne Zwischenfinanzierung abgewickelt werden und somit wurde dieses Darlehen auch nicht aufgenommen.

## Gemeindevertretung

Der Gemeinderat hat in den Jahren 2008 bis 2010 zwischen fünf und sieben Sitzungen<sup>10</sup> abgehalten. Der Gemeindevorstand ist im gleichen Zeitraum zu jährlich sechs Sitzungen zusammengetreten.

Neben dem Prüfungsausschuss wurden fünf zusätzliche Ausschüsse eingerichtet, welche in unregelmäßigen Zeitabständen einberufen werden. Dabei handelt es sich um folgende Ausschüsse:

- Finanz-, Wirtschafts- und Tourismusangelegenheiten
- Sozial-, Familien-, Senioren-, Wohn- und Integrationsangelegenheiten
- Bildungs-, Jugend-, Kindergarten- und Schulangelegenheiten sowie Bau- und örtliche Raumplanungsangelegenheiten
- Straßenbau-, Verkehrs-, Kanalbau- und Wasserleitungsbauangelegenheiten
- Vereins-, Sport- und Kulturangelegenheiten sowie örtliche Umweltfragen

### Prüfungsausschuss

Der Prüfungsausschuss ist mit Ausnahme von 2009 seinem gesetzlichen Prüfungsauftrag nachgekommen. 2009 wurden lediglich zwei Sitzungen abgehalten, obwohl gemäß § 91 Abs. 3 Oö. Gemeindeordnung 1990 fünf Prüfungen erforderlich sind.

*Künftig ist darauf zu achten, dass diese gesetzliche Vorgabe immer eingehalten wird.*

### Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben

Die Verfügungs- und Repräsentationsmittel des Bürgermeisters wurden gemäß den Rechnungsabschlüssen in den letzten drei Jahren immer innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Höchstgrenzen (3 bzw. 1,5 ‰ der veranschlagten ordentlichen Gesamtausgaben) beansprucht. In den Jahren 2008 bis 2010 wurde der vorgegebene Höchststrahmen bei den Verfügungsmitteln zu 83,01 % und bei den Repräsentationsausgaben zu 8,63 % ausgenützt.

<sup>10</sup> 2008: 7 Sitzungen; 2009: 5 Sitzungen; 2008: 6 Sitzungen;

Die jährliche Inanspruchnahme hat sich wie folgt dargestellt:

<b>Verfügungsmittel</b>	2008	2009	2010
getätigte Ausgaben in Euro	10.875,19	12.014,98	7.228,35
Voranschlag	11.300,00	12.800,00	12.000,00
mögliche Höchstgrenze	11.300,00	12.800,00	12.000,00
<b>Inanspruchnahme</b>	<b>95,74 %</b>	<b>93,32 %</b>	<b>59,97 %</b>

<b>Repräsentationsausgaben</b>			
getätigte Ausgaben in Euro	1.113,43	0,00	378,50
Voranschlag	1.100,00	0,00	6.000,00
mögliche Höchstgrenze	5.600,00	6.400,00	6.000,00
<b>Inanspruchnahme</b>	<b>19,60 %</b>	<b>0 %</b>	<b>6,28 %</b>

## Weitere wesentliche Feststellungen

### Abrechnung von Katastrophenschäden im Vermögen der Gemeinde

Die Gemeinde Grünau im Almtal hat den Anteil der in der Zeit vom 1. Oktober 2007 bis 31. Dezember 2008 eingetretenen Katastrophenschäden im Eigentum der Gemeinde mit € 26.130,84 bekannt gegeben. Von diesen Schäden wurden € 13.460,69 beim außerordentlichen Vorhaben "Sanierung Hetzaustraße" und € 12.670,15 im ordentlichen Haushalt verrechnet. Mit Schreiben der Direktion Inneres und Kommunales vom 24. Juni 2009 wurde der Gemeinde ein anerkannter Schadenszuschuss von 50 % gewährt. Die Einnahmen in Höhe von € 13.065,42 wurden zur Gänze im ordentlichen Haushalt<sup>11</sup> verrechnet, obwohl € 6.730,34 auf das außerordentliche Vorhaben "Sanierung Hetzaustraße" entfallen.

Die Meldung der Katastrophenschäden im Eigentum der Gemeinde zwischen 1. Jänner und 31. Dezember 2009 hat einen Gemeindeanteil an der Schadenshöhe in Höhe von € 64.995,53 enthalten, welcher nach Prüfung durch die Direktion Inneres und Kommunales auf € 61.088,06 vermindert wurde. Mit Schreiben vom 27. August 2010, IKD(Fp)-020746/277-2010, wurde ein Akonto von € 26.000 bekannt gegeben. Die Einnahmen wurden beim außerordentlichen Vorhaben "Wildbachverbauung<sup>12</sup>" verrechnet. Im März 2011 erfolgte die Endabrechnung und der Restzuschuss in Höhe von € 4.544,03 wurde ebenfalls im außerordentlichen Haushalt eingenommen. Von diesem Zuschuss aus dem Katastrophenfonds hätten richtigerweise € 9.314,76 im ordentlichen Haushalt verrechnet werden müssen.

*In Zukunft sind die Einnahmen aus dem Katastrophenfonds entweder anteilmäßig auf den ordentlichen und außerordentlichen Haushalt aufzuteilen oder es ist ein außerordentliches Vorhaben einzurichten, über welches sämtliche Katastrophenschäden im Eigentum der Gemeinde abgerechnet werden.*

### Feuerwehrwesen

Die Ausgaben je Einwohner (Stichtag Volkszählung 2001 mit 2.112 Einwohner) für die Freiwillige Feuerwehr Grünau i. A. sind seit 2008 stetig gestiegen, wobei sich folgende Entwicklung zeigt:

2008	2009	2010	2011 VA
€ 3,51	€ 6,32	€ 7,23	€ 11,98

<sup>11</sup> VASSt. 2/9440-8700 – Beleg 2.233 aus 2009

<sup>12</sup> VASSt. 6/6330-8700

Diese Steigerung kann im Wesentlichen mit den Mehrausgaben für die geringwertigen Wirtschaftsgüter (z.B. Bekleidung, Pager usw.) begründet werden, welche von € 2.490 im Jahr 2008 auf € 7.885 bzw. € 9.480 in den Jahren 2009 und 2010 gestiegen sind.

Im Voranschlag 2011 sind für diese Bereiche Ausgaben in Höhe von € 9.700 geplant und zusätzlich wurden die Miet- und Betriebskosten – für das im Juni 2011 neu eröffnete Zeughaus – in Höhe von € 5.500 präliminiert. Mit diesen Mehrausgaben wird auch der Bezirksdurchschnitt erstmals überschritten.

*Die Gemeinde hat Maßnahmen zu treffen, damit die Aufwendungen je Einwohner zumindest um € 2 vermindert werden und dem Bezirksdurchschnitt wieder entsprochen wird.*

Nach der Übersiedlung in das neue Feuerwehrzeughaus verfügt die Gemeinde noch über das alte Zeughaus, in dem auch eine Wohnung vermietet wird sowie über eine Garage mit Schlauchturm.

*Die Verantwortlichen der Gemeinde haben sich mit der weiteren Verwendung dieser Objekte zu befassen. Es ist davon auszugehen, dass diese Objekte in Zukunft keine "Feuerwehrgebäude" mehr darstellen und somit ist auch die Verrechnung bei einem anderen Unterabschnitt (z. B. UA 8460 für Wohn- und Geschäftsgebäude) vorzunehmen.*

Der Gemeinderat hat die Feuerwehrtarifordnung 2010 am 15. Dezember 2009 beschlossen. Die Einnahmen aus entgeltpflichtigen Einsätzen nach der Tarifordnung haben 2009 lediglich € 107,22 und 2010 € 466,10 betragen. Die Kostenersätze für die Mannschaft stellen Einnahmen der Feuerwehr dar, während die Ersätze für Fahrzeuge, Maschinen, Geräte und Verbrauchsmaterialien Einnahmen der Gemeinde sind.

*Da die Einnahmen aus den Kostenersätzen nach Einsätzen eher unbedeutend sind, empfehlen wir eine Überprüfung der Einsatzmeldungen mit den verrechneten Kostenersätzen vorzunehmen. Künftig ist sicherzustellen, dass sämtliche entgeltpflichtigen Einsätze nach der Tarifordnung verrechnet werden.*

## **Förderungen und freiwillige Ausgaben**

Die freiwilligen Leistungen ohne Sachzwang lagen in den Jahren 2009 und 2010 jeweils knapp an dem vom Land festgesetzten Höchstbetrag von € 15 je Einwohner. Aufgerechnet auf die Einwohnerzahl zum Stichtag der Gemeinderatswahlen<sup>13</sup> haben 2009 die Ausgaben je Einwohner € 14,60 und 2010 € 16,50 betragen.

*Die Gemeinde Grünau im Almtal hat Maßnahmen zu treffen, damit der von der Aufsichtsbehörde geregelte Höchstbetrag nicht überschritten wird.*

## **Versicherungen**

Für die Versicherungsprämien wurden von 2008 bis 2010 insgesamt € 41.400 aufgewendet und dies entspricht einer jährlichen Prämienleistung von rd. € 13.800.

Im Jahr 2003 wurden die Versicherungsverträge der Gemeinde Grünau im Almtal von einem unabhängigen Versicherungsberater überprüft und anschließend optimiert.

Bei der Durchsicht der Versicherungsverträge ist aufgefallen, dass teilweise die Originalpolizzen fehlen bzw. nur die jährlichen Prämienvorschreibungen vorhanden sind. Im Zuge der Prüfung wurde mit dem zuständigen Bearbeiter vereinbart, dass die vorhandenen Unterlagen mit der Buchhaltung abzustimmen sind.

In Versicherungsangelegenheiten arbeitet die Gemeinde Grünau im Almtal mit zwei Versicherungsmaklern zusammen. Von einem Makler wird der Bereich Immobilien abgedeckt und der zweite Makler ist mit den Fahrzeugen betraut. Auf Grund der Bautätigkeiten der letzten

---

<sup>13</sup> 2009: Gemeinderatswahl 2003 mit 2.690 Einwohner; 2010: Gemeinderatswahl 2009 mit 2.703 Einwohner.

Jahre<sup>14</sup> sowie einem Wechsel des zuständigen Bearbeiters werden derzeit sämtliche Versicherungsverträge von den Versicherungsmaklern überprüft und nach möglichen Optimierungspotentialen gesucht.

---

<sup>14</sup> Neubau von Amtsgebäude und Feuerwehrrzeughaus

## Außerordentlicher Haushalt

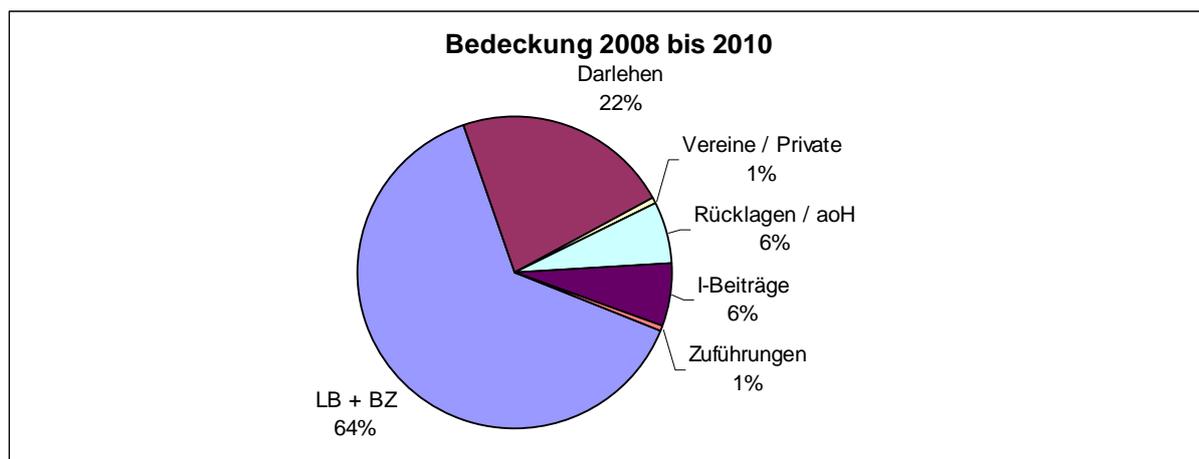
### Überblick über den außerordentlichen Haushalt der Jahre 2008 bis 2010

In den Jahren 2008 bis 2010 wurden in außerordentliche Vorhaben insgesamt € 6,8 Mio. investiert. Für Rücklagenbildungen und Rückführungen in den ordentlichen Haushalt wurden zusätzlich € 326.500 verrechnet.

Die Investitionen der letzten Jahre haben sich auf folgende Bereiche aufgeteilt:

Bereiche	Betrag	Anteil
Abwasserbeseitigung	3.053.000	44,87 %
Amtsgebäude	1.432.700	21,06 %
Seilbahngesellschaft	912.000	13,40 %
Bauhof mit ASI	403.700	5,93 %
Straßenbau	313.600	4,61 %
Volksschule, Kindergarten, Hort	128.800	1,89 %
Pfarrsaal	100.000	1,47 %
Feuerwehr	98.100	1,44 %
Sportanlagen	88.700	1,30 %
Kommunalfahrzeug	69.000	1,01 %
Straßenbeleuchtung	52.800	0,78 %
Wasserversorgung	48.000	0,71 %
Wildbachverbauung	42.000	0,62 %
Bergrettung	21.300	0,31 %
Spielplatz im Wildpark	20.300	0,30 %
Wanderwege	19.700	0,29 %

Für die Ausfinanzierung älterer Vorhaben sowie die Bedeckung der neuen Vorhaben sind Einnahmen in Höhe von rd. € 7,2 Mio. zur Verfügung gestanden. Der größte Anteil dieser Deckungsmittel entfällt auf Fördermittel des Landes mit 62,65 % bzw. € 4,6 Mio. Die zugeteilten Darlehensaufnahmen haben € 1,6 Mio. betragen und dies entspricht 22,11 %. Erwähnenswert sind auch die Rücklagenentnahmen und Interessentenbeiträge, welche einen Anteil von 6,18 % bzw. 6,22 % haben.



## Überblick über den außerordentlichen Haushalt des Finanzjahres 2010

Der außerordentliche Haushalt – inklusive der Abwicklung aus Vorjahren – weist bei  
 Einnahmen von € 2,358.215,45 und  
 Ausgaben von € 2,436.875,36 einen  
 Abgang von € 78.659,91 auf.

In der Tabelle sind jene Vorhaben angeführt, welche zum 31. Dezember 2010 baulich oder finanziell nicht abgeschlossen werden konnten.

Vorhaben	genehmigter Finanzierungsplan (IKD)	tatsächliche Ausgaben bisher	Überschuss gesamt	Abgang gesamt
Amtsgebäude KG Vorplatz / Einrichtung	2,648.000	1,923.103,25 789.528,32		12.177,86
Feuerwehrrzeughaus KG	996.000	219.293,69		
Schindlbachstraße	1,550.000	1,714.589,41		62.329,27
Wildbachverbauung	11.800	41.952,78		4.152,78
Straßenbeleuchtung	235.000	226.712,91		
Wasserleitungsneubau Reifgraben		15.998,31		
Wasserleitung General- sanierung		32.006,69		
Abwasserbeseitigung BA 08	2,904.800	3,512.919,91		
Abwasserbeseitigung BA 06	Fördervertrag 1,300.000	1,270.260,39		
Abwasserbeseitigung BA 07	Fördervertrag 1,204.00	1,759.888,96		
Steuerungs- und Über- wachungsanlage BA 09		44.169,13		
Kanalinstandhaltung nach Hochwasser		57.152,30		
Gesamt				78.659,91

Bei den Ausgaben für das "Amtsgebäude" sind sowohl die Gebäudekosten der KG sowie die Aufwendungen für die Vorplatzgestaltung und die Einrichtung sowie die anteiligen Ausgaben für die Bank und das Kaffeehaus enthalten. Nach Fertigstellung der Endabrechnung werden diese – nicht im Finanzierungsplan enthaltenen Ausgaben – mittels Darlehensaufnahme bedeckt.

Das Vorhaben "Generalsanierung Schindlbachstraße" konnte 2011 mit einer – am 30. Dezember 2010 aufsichtsbehördlich genehmigten – Darlehensaufnahme ausfinanziert werden.

Für die Bedeckung des Fehlbetrages bei der "Wildbachverbauung" wird sich die Gemeinde um Fördermittel bemühen müssen.

### Neubau des Amtsgebäudes

Die Verein zur Förderung der Infrastruktur & Co KG hat 2009 und 2010 im Ortszentrum einen Neubau errichtet. Im Erdgeschoß sind ein Kaffeehaus, ein Geldinstitut, das Büro des Tourismusverbandes und die öffentliche Bibliothek untergebracht. Der 1. Stock wird für die Gemeindeverwaltung genutzt. Die Inbetriebnahme erfolgte im September 2010. Das Vorhaben umfasste auch die Neugestaltung des Ortsplatzes.

Der von der Aufsichtsbehörde genehmigte Finanzierungsplan sieht für das Amtsgebäude (ohne Bank und Kaffeehaus), für die Mobilien und den Ortsplatz einen Finanzrahmen von € 2,648.000 vor.

In den Buchhaltungen der KG und Gemeinde (hier wurden die Mobilien und die Platzgestaltung abgewickelt) scheinen bis Ende Juni 2011 die bisherigen Ausgaben mit rd. € 2,930.000 auf.

Zu diesem Zeitpunkt fehlten noch die Schlussrechnungen für die Heizungs- bzw. Lüftungsarbeiten sowie des Planungsbüros für diese Arbeiten und laut Auskunft des Amtsleiters noch einige kleinere Abrechnungen (u.a. Brunnengestaltung).

In der genannten Ausgabensumme von € 2,930.000 sind auch die Kosten für das Kaffeehaus und Geldinstitut enthalten. Die Endabrechnung bzw. Aufteilung der Kosten für die jeweiligen Nutzer wird laut Amtsleiter bis Herbst d.J. erstellt.

Für die im September 2010 erfolgte Eröffnungsfeier des neuen Amtsgebäudes wurden Ausgaben von insgesamt € 12.320 getätigt. Dies entspricht Ausgaben von € 4,55 je Einwohner. Der Auftrag für das Catering anlässlich der Eröffnungsfeier wurde ohne die Einholung von Vergleichsangeboten vergeben und somit konnten im Vorfeld die zu erwartenden Kosten nicht abgeschätzt werden. Die Gesamtkosten setzen sich aus € 11.600 für das Catering sowie € 720 für ein Spielmobil zusammen.

Die Ausschreibungen der einzelnen Gewerke wurde an den Architekten übertragen, wobei sich die Gemeinde das Vorschlagsrecht für die einzuladenden Firmen vorbehalten hat. Die Anbotseröffnung erfolgte entweder beim Architekten oder der Gemeinde. Die Auftragsvergabe erfolgte immer an den Bestbieter. Es ist jedoch aufgefallen, dass Aufträge ohne entsprechende Ausschreibung vergeben wurden. Dabei handelt es sich beispielsweise um folgende Vergaben:

Büroeinrichtung	ca. € 40.200
Bestuhlung	" € 30.300
Möbel für Bibliothek	" € 16.700
Bepflanzung	" € 3.900
Automatic Garagentore	" € 3.000

Für die Einrichtung des Tourismusbüros hat der Architekt die anteiligen Ausgaben der Einrichtungsgegenstände mit ca. € 10.000 berechnet. Mit diesem Anteil konnten jedoch die Vorstellungen des Tourismusverbandes nicht finanziert werden und somit hat der Gemeindevorstand in der Sitzung vom 22. Juni 2010 die Auftragsvergabe für die Möblierung – nachdem jedoch nur ein Angebot vorgelegen ist – mit einem Nettopreis von € 19.491,94 beschlossen.

*Diese direkten Vergaben sind mit einer sparsamen Haushaltsführung nicht vereinbar. Künftig sind vor der Auftragsvergabe Vergleichsangebote einzuholen.*

## **Schlussbemerkung**

Wie bei allen oberösterreichischen Gemeinden trugen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die steigenden Pflichtausgaben wesentlich zur angespannten Finanzsituation der Gemeinde seit dem Jahre 2009 bei.

Die Gemeinde hat durch wirtschaftliches Handeln zu einer sparsamen Haushaltsführung und durch Festsetzung entsprechender Benützungsgebühren zu einem verbesserten positiven Ergebnis aller betrieblichen Einrichtungen beizutragen.

Vorrangiges Ziel muss die Ausfinanzierung der laufenden Vorhaben sein. Die Durchführung neuer außerordentlicher Vorhaben wird nur mit großzügiger Unterstützung des Landes Ober-

österreich möglich sein. Vorhaben dürfen erst begonnen werden, wenn die Finanzierung zur Gänze gesichert ist.

Die Gemeinde Grünau im Almtal zählt seit vielen Jahren zu den organisatorisch sehr gut geführten Gemeinden. Die bei der Prüfung festgestellten Versäumnisse bei der zeitgerechten Vorschreibung von Verkehrsflächenbeiträgen haben diesen Eindruck nicht wesentlich geschmälert.

Für die konstruktive Zusammenarbeit während der Prüfung wird ein Dank ausgesprochen.

Das Ergebnis der Einschau wurde bei der Schlussbesprechung am 19. August 2011 vorgebracht. Dabei wurde zu den Prüfungsfeststellungen Übereinstimmung erzielt.

Gmunden, am 22. August 2011

Oskar Neuhauser

Ingrid Hochleitner